Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 15 | September 1976 | 0,70 DM/5 ÖS

Bundestagswahlen 1976

Kritische Unterstützung für die GIM

Die Zeit vor den Wahlen zum bürgerlichen Parlament ist im allgemeinen durch eine verstärkte gesellschaftliche Politisierung gekennzeichnet. Die Parteien nutzen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, um Einfluß auf die Wähler zu gewinnen. Der ideologische Druck auf die Arbeiterklasse verschärft sich in dieser Zeit enorm. Auch im Wahlkampf 1976 sieht sich die westdeutsche Arbeiterklasse einer Welle der Demagogie gegenübergestellt.

SPD gegen Sozialismus

Über eine Million Arbeitslose, Kurzarbeit und das Sinken des Reallohneinkommens für viele Arbeiter können die SPD nicht davon abhalten, von einem „.Modell Deutschland" für Europa und die Welt zu reden. Der Hinweis, daß es woanders noch viel schlimmer ist, wird die Enttäuschung der Arbeiter kaum aufhalten, die 1972, empört durch die Angriffe der CDU auf „ihre" Partei, der Sozialdemokratie erneut ihr Vertrauen geschenkt hatten. Alle Reformkonzepte der SPD/ FDP- Koalition haben doch nur bewiesen, daß die wirtschaftliche Krise der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus entspringt und daß dieser kranke Mann nur durch Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse seine Agonie zu verlängern sucht. Wenn heute die CDU dreist behauptet, der SPD/FDP-Koalition wäre „die Luft ausgegangen", so kann das nur bedeuten, daß die Arbeiterklasse nach sieben Jahren engster Klassenzusammenarbeit durch konzertierte Aktion und „vernünftige Tarifabschlüsse" demoralisiert genug ist, um mit den Angriffen der Bourgeoisie ohne Tünche und schöne Worte offen konfrontiert zu werden. „Freiheit oder Sozialismus" - der Wahlslogan der CDU - meint doch nur die Freiheit der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse ungehemmter knebeln und ausbeuten zu können.

Es verwundert nicht, daß die SPD den gegen sie gerichteten Slogan „Freiheit oder Sozialismus" energisch zurückweist. Die 1972 versprochenen Reformen im Interesse der Arbeiterklasse sind bis zur Unkenntlichkeit verzerrt oder gar in ihr Gegenteil verwandelt worden, so die Steuerreform, der § 218, die Berufsausbildungsreform und die Rentenreform. Die Mitbestimmung, von ihrer Konzeption her schon ein Modell der Integration der Arbeiter und nicht ihrer Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung, wurde in der denkbar reaktionärsten Form durchgesetzt. Die Reformen der Sozialdemokratie, auf die sie wirklich verweisen kann, sind Reformen zum Ausbau der bürgerlichen Staatsmaschinerie. Es sind Reformen zur Stärkung des Staates gegen die Arbeiterbewegung. Und hier soll Westdeutschland „Modell" sein, Modell eines starken, antikommunistischen Staates. Brandts „Irrtum" bei den Berufsverboten kann allenfalls ein taktischer Fehler sein. Die Berufsverbote für „Radikale" im öffentlichen Dienst (und es geht natürlich um „Linksradikale") reihen sich lückenlos in weitere „Reformen" ein: die Praxis der Verteidigerausschlüsse, der Anwaltsgesprächsüberwachungen, die Einführung von Kronzeugen; hinzu kommen Todesschüsse, Gesetze gegen die Bildung krimineller Vereinigungen und Gesetze gegen „Mitwisserschaft". Der Prozeß gegen die Genossen der RAF, die Angriffe auf die Presse linker Organisationen wie der KPD und der KPD/ML sowie zuletzt die Verurteilung von drei ZK-Mitgliedern des KBW zu jeweils über einem Jahr Gefängnis wegen ihrer Verantwortlichkeit



für eine Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen sind fundamentale Angriffe gegen die *gesamte Arbeiterbewegung.* Diese Einschränkungen demokratischer Rechte für die Arbeiterbewegung sollten dem DGB als proletarischer Massenorganisation Prüfstein für seine Wahlstellungnahme sein, anstatt verlogen zu versuchen, die Wahl der SPD als das „kleinere Übel" zu verkaufen! Doch die arbeiterfeindlichen Gesetze, die von der SPD/FDP- Koalition erlassen wurden, sind ja nur Konsequenz der Politik eines Staates, dessen Rolle im imperialistischen Weltsystem darin besteht, Bollwerk gegen die Arbeiterstaaten und besonders gegen die DDR zu sein. Die Weststaatgründung, die Wiederaufrüstung, der NATO-Beitritt und schließlich das KPD-Verbot sind die Vorläufer der heutigen Kommunistenhatz. Doch hat diese Kommunistenjagd im Zeichen der augenblicklichen Schwäche des westdeutschen und Westberliner Proletariats eben erst begonnen. Gelingt es den Kommunisten nicht, das Kräfteverhältnis im Klassenkampf zu verschieben und schließlich als Führer des Proletariats den Staatsapparat samt seiner reaktionären Zwangseinrichtungen zu zerstören, werden die von der Sozialdemokratie unterstützten Gesetze sich eines Tages gegen die proletarischen Massen richten, die heute noch der SPD folgen.

Denn im Gegensatz zu den Behauptungen von Organisationen der Linken wie dem Spartacusbund und der Kompaß-Gruppe der GIM ist die SPD nicht einfach eine andere bürgerliche Partei. Sie ist eine bürgerliche Arbeiterpartei, d.h. eine bürgerliche Kraft in den Reihen der Arbeiterbewegung, Instrument zur Integration der Arbeiterklasse und zum Abwürgen ihrer Kämpfe. Innerhalb dieser Partei selbst vollzieht sich der Klassenwiderspruch zwischen ihrer bürgerlichen Führung und ihrer proletarischen Basis. Es ist wahrscheinlich, daß sich eine Radikalisierung des westdeutschen Proletariats durch diese Partei hindurch vollziehen wird. Kommunisten sind in der Anwendung ihrer Taktik darauf bedacht, den Widerspruch innerhalb der SPD auszunutzen, sie zu spalten, ihre proletarische Basis für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Prinzipiell gehört hierzu auch die Taktik der kritischen Wahlunterstützung.

Keine Unterstützung für die SPD!

Die Minimalbedingung für die Unterstützung einer bürgerlichen Arbeitermassenpartei, sowie für jede Wahlkandidaturunterstützung, ist die klassenunabhängige Kandidatur. Dieses Kriterium ist bei der SPD-Kandidatur nicht erfüllt, da sie wie bisher auf eine „sozialliberale" Koalition setzt und die eigene Verantwortung vor ihrer Basis ablehnt.

Doch ist für uns Kommunisten niemals diese Minimalbedingung schon allein entscheidend. Auch einer Sozialdemokratie, die in eigener Verantwortung mit Gesetzen für die ‚innere Sicherheit der Bourgeoisie" die Arbeiterbewegung angreift, müßte selbstverständlich eine Unterstützung ebenfalls versagt bleiben! Zwar können wir eine Politik im Interesse der Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie nicht erwarten, denn nur eine revolutionäre Politik vertritt die Interessen der Arbeiterklasse. Ist die Sozialdemokratie aber bereit, selbständig die Regierungsverantwortung zu übernehmen, besitzt sie noch immer das Vertrauen großer Teile der Arbeiterklasse und hat sie sich nicht erst in jüngster Vergangenheit durch direkte arbeiterfeindliche Maßnahmen diskreditiert, dann gehen wir ein Stück des Weges mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Wir unterstützen dann den Bruch der SPD mit den bürgerlichen Parteien als einen Schritt der sozialdemokratischen Massen auf dem Wege zum Bruch mit der bürgerlichen Arbeiterpartei. Wir unterstützen dann diese Partei wie der „Strick den Gehängten". Lenin empfahl den englischen Kommunisten eine solche Politik selbst in einer Situation, wo diese stark genug waren, eigene Kandidaten aufzustellen:

> „Gehen die Henderson und Snowden den Block unter diesen Bedingungen ein (vollste Freiheit der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit, d. Red.), so werden wir gewonnen haben, denn für uns ist keineswegs die Zahl der Parlamentssitze wichtig, wir reißen uns nicht darum, wir werden in diesem Punkt nachgiebig sein... Wir werden gewonnen haben, denn wir werden *unsere* Agitation zu einem Zeitpunkt in die *Massen* tragen, da Lloyd George *selbst* sie ‚aufgeputscht' hat, und werden nicht nur der Arbeiterpartei helfen, schneller ihre Regierung zu bilden, sondern auch den Massen, schneller unsere ganze kommunistische Propaganda zu begreifen, die wir gegen die Henderson ohne jede Einschränkung und ohne etwas zu verschweigen treiben werden. Lehnen die Henderson und Snowden den Block mit uns unter diesen Bedingungen ab, so werden wir noch mehr gewonnen haben. Denn wir werden den *Massen* sofort gezeigt haben ..., daß den Henderson *ihre* nahen Beziehungen zu den Kapitalisten lieber sind als der Zusammenschluß aller Arbeiter" (Lenin, *Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus').*

Unsere australischen Genossen drückten die Taktik der Wahlunterstützung der Labour Party 1974 in der Losung aus: „Wählt Labour! Raus mit Whitlam!" Mit dieser Losung war agitatorisch die kommunistische Perspektive der kritischen Unterstützung einer reformistischen Massenpartei auf den Begriff gebracht: die reformistischen Massenparteien zu spalten, die verräterischen Führungen ihres Anhangs und Vertrauens berauben. Diese Linie der Spaltung der reformistischen Massenparteien entlang der Klassenlinie ist die vorrangige Taktik, wenn diese selbständig, in eigener Verantwortung vor die Klasse treten. Bei der Bundestagswahl 1976 kann es jedoch keinerlei Unterstützung für die Kandidatur der Sozialdemokratie geben! Unter der Voraussetzung, daß die SPD bei dieser Wahlkandidatur nicht nur in einem Koalitionsbündnis steht, sondern auch massive Angriffe auf die Arbeiterklasse zu verantworten hat, zur Stimmabgabe für die SPD aufzurufen, wie es der healyistische Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) tut, ist Verrat! Der BSA schreibt im *Funken* vom 2. Juli 1976:

> „Fordert ein solches Programm (das des BSA, d. Red.) von den sozialdemokratischen Führern in Partei und Gewerkschaften und werft alle aus der Arbeiterbewegung, die eine solche Verteidigung der Arbeiterklasse durch sozialistische Maßnahmen ablehnen. Verlangt von

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 1 Berlin 15

Anschrift:
1 Berlin 120, Postlagerkarte A 051 429

der SPD eine Alleinregierung auf der Grundlage dieses Programms und die Führung des Wahlkampfes unter Mobilisierung der Arbeiterklasse."

Will der BSA wirklich alle Organisationen außer ihm selbst aus der Arbeiterbewegung werfen? Mit dieser Prahlerei verschleiert er seinen Opportunismus! Glaubt der BSA wirklich, die bürgerliche SPD würde die Arbeiterklasse für ein sozialistisches Programm mobilisieren? Die offenkundige Weigerung der SPD-Führung, ein sozialistisches Programm anzunehmen, braucht der BSA nicht erst zu entlarven. Die bewußtlos ständig wiederholte Forderung des BSA nach einer SPD-Alleinregierung als Regierung der Arbeiterklasse ist Gipfelpunkt dieses kriminellen Opportunismus.

Keine Stimme für die DKP! Keine Stimme für KPD und KBW!

„Das Parlament kann gegenwärtig für die Kommunisten auf keinen Fall der Schauplatz des Kampfes um Reformen, um Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse sein, wie dies in gewissen Augenblicken der vorhergegangenen Periode der Fall war. Der Schwerpunkt des politischen Lebens ist gegenwärtig ganz und endgültig über die Grenzen des Parlaments hinaus verlegt. Andererseits ist die Bourgeoisie nicht nur kraft ihrer Beziehung zu den werktätigen Massen, sondern auch kraft ihrer verwickelten Wechselbeziehungen innerhalb der bürgerlichen Klassen gezwungen, einen Teil ihrer Maßnahmen auf die eine oder andere Weise im Parlament durchzuführen, wo die verschiedenen Kliquen um die Macht handeln, ihre starken Seiten offenbaren, ihre schwachen Seiten verraten, sich bloßstellen usw.

Deshalb ist es die unmittelbare historische Aufgabe der Arbeiterklasse, diese Apparate den Händen der herrschenden Klassen zu entreißen, sie zu zerbrechen, zu vernichten, und an ihre Stelle neue proletarische Machtorgane zu setzen. Gleichzeitig aber ist .der revolutionäre Stab der Arbeiterklasse stark daran interessiert, seine Kundschafter in den parlamentarischen Einrichtungen der Bourgeoisie zu haben, um diese Aufgabe der Zerstörung zu erleichtern" (*Leitsätze über die kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus,* II. Weltkongreß der Komintern).

Die sich bisweilen auf die Traditionen der Kommunistischen Internationale berufende Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hat wirklich nichts mehr mit dieser gemein. In schlechtester stalinistischer Degeneration rühmt sie sich in ihrem Wahlaufruf: „Wir können darauf verweisen: Wo DKP-Vertreter in Stadt- und Gemeindeparlamente gewählt wurden, haben sie nachweislich und überprüfbar Nützliches für die Bevölkerung geleistet. Aber das ging nur mit deren aktiver Unterstützung." Die parlamentarische Taktik der DKP folgt der Logik ihrer Theorie der antimonopolistischen Demokratie. Besonders in Deutschland, wo die Radikalisierung des deutschen Proletariats sich kaum über die DKP vollziehen wird, gibt es keinen Grund, diese bürgerliche Arbeiterpartei zu unterstützen. Die DKP ist sich voll darüber bewußt, daß sie im Schatten der SPD steht. So richtet sie sich hauptsächlich gegen die CDU. Die DKP, auf der Suche nach einem bürgerlichen Bündnispartner, mit dem sie ihre Respektabilität beweisen kann, verdient nicht, von uns eine Stimme zu erhalten.

Eine Stimme für die vaterlandsverteidigende Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ist von vornherein für Kommunisten nicht möglich! Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), der in seinem reformistischen Wahlprogramm Hetze gegen die „sozialimperialistische" Sowjetunion betreibt, muß im Endeffekt auch auf der Seite der Vaterlandsverteidiger stehen. Keine Stimme für diese stalinistischen Propagandaorganisationen! Keine Stimme der Klassenkollaboration!

Die Konfusion des KB

Daß Kommunisten die allgemein stärkere Politisierung im Wahlkampf nutzen, um ihr Programm bekannt zu machen und um für eine revolutionäre Perspektive zu kämpfen, daß Kommunisten nach Möglichkeit sich auf diesem Programm selbst zur Wahl stellen, das ist für den Kommunistischen Bund (KB) ein sektiererisches Verbrechen! Sein Vorschlag eines „revolutionären Wahlbündnisses" als Alternative zur SPD stellt die leninistische Parteitheorie in Frage. Er schreibt in der Beilage zum *Arbeiterkampf Nr.* 81:

„Es kann unserer Meinung nach jetzt nicht das Ziel sein, die Massen bei den Wahlen für das eine oder andere Schul- und Ausbildungsmodell zu gewinnen, für Arbeiterkontrolle' oder .Volksbewaffnung', sondern es muß vor allem darum gehen, die vorhandene Unzufriedenheit mit der SPD-Regierungsführung aufzunehmen und zusammenzuführen."

Warum diese Unzufriedenheit *nur* in einem Wahlbündnis „zusammenfuhren", warum nicht in *einer* Partei? Der KB *rühmt* sich, über kein Programm zu verfügen! Seine Programmlosigkeit hat ihn genügend Verrat – entsprechend seinen Möglichkeiten – begehen lassen. Zum Glück hat der KB keine großen Möglichkeiten. So unterstützt der KB alles, was kämpft, sich bewegt und weit weg ist. MPLA und FNL wurden wie jede Befreiungsbewegung *politisch* unterstützt – unabhängig von ihrem Klassencharakter. Die FUR wurde

Fortgesetzt auf Seite 15

Ein bürokratisches, antiproletarisches Regime

Guerillas an der Macht

Als Teil weitergehender Bemühungen zur „Institutionalisierung" ihrer Herrschaft hat der Kongreß der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) eine neue „sozialistische" Verfassung für das Land gebilligt, um das bürgerliche „Grundgesetz" von 1940 zu ersetzen (siehe „Castro hält allerersten KP-Kongreß ab", *KK* Nr. 14, Juni 1976). Ministerpräsident Fidel Castro nutzte die Gelegenheit, auch die „revidierte Standardversion" der Geschichte der kubanischen Revolution zu präsentieren.

Der ausgedehnte Überblick war in doppelter Hinsicht bedeutsam im Zusammenhang mit der neuen Verfassung, da eine von Castros ursprünglichen Schlüsselforderungen – vom Angriff auf die Moncada am 26. Juli 1953 bis zur Machtübernahme durch Fidel Castro am 1. Januar 1959 – gerade die nach einer Rückkehr zur Verfassung von 1940

Teil 2

war. Dies wirft die entscheidenden Fragen nach dem Klassencharakter der Guerillabewegung auf, nach der Natur der Revolution, die sie durchführte, und nach den Ursachen und der Bedeutung des Überwechselns von einem „demokratischen" bürgerlichen Programm zur Enteignung der Bourgeoisie.

Diese Fragen sind von größter Bedeutung für Kommunisten, da sie die grundlegendsten Fragen der revolutionären Strategie in den rückständigen kapitalistischen Ländern betreffen. Kann das Kleinbürgertum – das traditionell von Marxisten als schwankende Gruppe betrachtet wird, die unfähig ist, eine unabhängige Klassenführung zu entwickeln – eine sozialistische Revolution durchführen, wie das revisionistische „Vereinigte Sekretariat" behauptet? Oder aber ist Kuba durch und durch ein kapitalistischer Staat geblieben, wie die Maoisten und Gerry Healys vorgeblich trotzkistisches „Internationales Komitee" beanspruchen. Wenn andererseits das Castro-Regime seit Ende 1960 ein deformierter Arbeiterstaat ist, eine Position, die allein von der internationalen Spartacist Tendenz vertreten wird, stellt sich die Frage, wie er sich herausgebildet hat und welche Implikationen hat dies für die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution?

Ein geheimer Kommunist?

In seiner Eröffnungsansprache vor dem PCC-Kongreß lobte „Commandante" Castro wiederholt die Politik der stalinistischen Führer der Sowjetunion. Nachdem Castro schon seit längerer Zeit in den sowjetischen Einflußbereich eingeschlossen ist, versucht er nun seine jetzige Politik wieder auf die militante Jugend, die 1953 die Armeekasernen in Santiago stürmte, und auf den Kern der Rebellenarmee, die drei Jahre später den Guerillakampf in den Bergen der Sierra Maestra initiierte, zu projizieren.

Castro zählt zu den „festen Säulen", auf denen die Führer der Bewegung des 26. Juli standen, auch die „Prinzipien des Marxismus-Leninismus". Er fährt fort, „auch wenn nicht alle so dachten, die den Weg des revolutionären bewaffneten Kampfes in unserem Land einschlugen, seine Hauptführer dachten so" (*Granma,* 28. Dezember 1975). Castro behauptete auch, daß es bei den jungen Kämpfern „einen tiefen Respekt und Bewunderung für die alten Kommunisten" der pro-Moskauer Sozialistischen Volkspartei (PSP) gab, die „das ehrenhafte Banner des Marxismus-Leninismus mit unbeugsamer Festigkeit hochhielt".

Die Realität war erheblich anders. Castro schwieg sich in seiner Rede über das Programm der Anti-Batista-Bewegung aus, doch ganz nebenbei fügte er für diejenigen, die etwas über den Kampf in den 50er Jahren wissen, hinzu:

> „... nicht nur war die entschlossenste Aktion nötig, sondern auch Scharfsinn und Flexibilität auf Seiten der Revolutionäre. ..Die Proklamation des Sozialismus während der Periode des aufständischen Kampfes wäre vom Volk nicht verstanden worden und der Imperialismus hätte in unserem Land mit seinen Truppen direkt interveniert."

Ähnliches kann man in zahlreichen Angriffen von rechts finden, in denen Castro beschuldigt wird, „die Revolution" gegen Batista „verraten" und dem Volk Sand in die Augen gestreut zu haben. Gewisse linke Apologeten des Havanna-Regimes hegen auch den Mythos von Castro als dem „geheimen Marxisten-Leninisten", der die Imperialisten „reingelegt hat". „Die Führer der Revolution mußten das Volk kennen und mit ihm in einer Sprache sprechen, die es bereit war zu verstehen", schrieb Edward Boorstein in *The Economic Transformation of Cuba* (Die wirtschaftliche Umwandlung Kubas, 1968). Andere wie die ehemals maoistische Progressive Labor Party (PL), die versuchen, Castro von links zu kritisieren, behaupten, sie seien anfänglich von „Ches (Guevara) geschickter Art, in Kuba hinter jedermanns Rücken den Sozialismus einzuführen", betört worden (Jake Rosen,

SECHZEHN JAHRE STALINISTISCHER HERRSCHAFT



IN KUBA

„Ist Kuba sozialistisch? „ PL, November 1969). Nachdem PL öffentlich erklärt hatte, daß sie „nicht länger an schmucke Zaubertricks glauben würde“, kam die PL zu der Schlußfolgerung, daß Kuba immer noch kapitalistisch sei. Die Wahrheit ist komplexer – dialektischer – als solch ein naives Geschwätz von Castro und Guevara als Trickbetrü-

Ein radikal-jakobinischer Demokrat

Alle diese „Erklärungen“ laufen auf eine Konspirationstheorie der Geschichte hinaus und ignorieren den wirklichen sozialen Charakter der castroistischen Bewegung. Einleitend muß gesagt werden, daß Castro selbst nicht einmal vorgab, während des Kampfes gegen die von den USA unterstützte Diktatur Teil der Arbeiterbewegung zu sein. Aber er war ein radikaler, jakobinisch-kleinbürgerlicher Demokrat, der den Fußstapfen des „Apostels“ der kubanischen Unabhängigkeit Jose Marti folgte. Sein politischer Hintergrund war der eines liberalen Studentenführers und eines sich auf die Verfassung stützenden Anwalts. Zeitweise war er Vorsitzender der Studentenverwaltung an der Universität von Havanna, und er stimmte 1948 für Eduardo Chibas, Kandidat der Orthodoxen Partei, der sich mit einem Anti-Korruptionsprogramm um die Präsidentschaft des Landes bewarb. 1952 stand Castro als Kandidat auf der Liste der Orthodoxen Partei zur kubanischen Kongreß wähl; ein Staatsstreich des ehemaligen starken Mannes im Militär, Fulgencio Batista, kam den Wahlen jedoch zuvor.

Nach dem Staatsstreich vom 10. März war die erste Maßnahme des jungen Rechtsanwalts gegen den Diktator jedoch nicht, Agitation unter den Arbeitern und Bauern zu betreiben, sondern an ein Notstandsgericht in der Hauptstadt zu appellieren, das Batista wegen der Verletzung des Gesetzbuches zum sozialen Schutz verhaften sollte! In einer simplifizierenden Verteidigungsschrift (*Cuba: Anatomy o fa Revolution,* 1960) bemerkten Leo Huberman und Paul Sweezy:

> „Als seine Petition für Batistas Verhaftung vom Gericht abgewiesen wurde, kam Fidel zu dem Schluß, daß der einzige Weg zum Sturz des Usurpators die Revolution sei.“ Als seine Ziele wurden aufgeführt: eine „ehrliche Regierung“ und ein „wirklich souveränes Kuba“.

Die Methoden, zu denen dann der junge Rechtsanwalt griff, bewegten sich sehr wohl im Rahmen traditionell lateinamerikanischer bürgerlicher Politik. Verschiedene Pseudomarxisten – von Castro selbst bis hin zu den Jüngern des vorgeblichen Trotzkisten Ernest Mandel – behaupten heute, daß die kubanische Guerilla-“Strategie“ irgendwie links vom traditionellen stalinistischen Reformismus stehe, weil sie sich am „bewaffneten Kampf beteilige. Sie vergessen dabei, daß unter den unstabilen Bedingungen Lateinamerikas schon fast jede politische Tendenz zu irgendeiner Zeit mal „zu den Waffen gegriffen hat“. Castros erster Versuch einer revolutionären Aktion war z.B. nichts anderes als ein altmodisches *pronunciamento.*

Der Plan zum Angriff auf die Moncada wurde gefaßt, um die dort einquartierten 1000 Soldaten zu überraschen, ihre Waffen zu erbeuten, die Rundfunkstation einzunehmen und Eduardo Chibas (der 1951 Selbstmord verübt hatte) letzte Rede auszustrahlen; dann sollte ein Aufruf an das kubanische Volk folgen, zu den Waffen zu greifen und sich gegen den Diktator zu erheben. Ähnliche Aktionen waren schon sehr oft in Mexiko, Bolivien, Peru oder Argentinien durchgeführt worden. Diesmal schlug die Aktion jedoch fehl – teilweise aufgrund schlechter Planung, und die meisten der 200 Angreifer wurden während des Angriffs getötet oder in



Bei seinem Besuch in der Sowjetunion versichert Fidel Castro 1964 dem damaligen Kreml-Chef Nikita Chruschtschow seine Verbundenheit mit der stalinistischen Bürokratie, in deren Abhängigkeit er gezwungenermaßen geraten war.

der folgenden Vernichtungsoperation von Batistas Folterknechten brutal ermordet.

Das Programm der Bewegung des 26. Juli

Bei seinem Prozeß im darauffolgenden September war Castro (der in seinem Versteck in den Bergen rund um die östliche Provinzhauptstadt gefangen wurde) in der Lage, mit einer dramatischen Rede, in der er das Regime wegen seiner Unterdrückung des „Volkes“ anklagte, die Regierung auf die Anklagebank zu setzen. In dieser Rede, die später in einer Broschüre mit dem Titel „Die Geschichte wird mich freisprechen“ herausgegeben wurde, legte Castro fünf „revolutionäre Gesetze“ nieder, die sofort nach der Einnahme der Moncada-Kaserne proklamiert werden sollten.

Diese projektierten Dekrete zeigen ganz klar den sozialen Inhalt der Revolution, die die Rebellen vom 26. Juli geplant hatten. Das erste betraf eine Rückkehr zur Verfassung von 1940; das zweite sollte Pächtern und Siedlern Rechtstitel auf das Land verleihen (wobei zu berücksichtigen ist, daß der Staat die ehemaligen Besitzer auf der Grundlage der Pachtbeträge, die sie in den nächsten 10 Jahren erhalten hätten, entschädigen würde); das dritte Dekret sah eine Aufteilung des Profits vor; das vierte sah vor, daß Zuckerrohranbauer 55% der Zuckerproduktion erhalten sollten (anstatt daß der Löwenanteil an die Fabriken ging) und das letzte verfügte die Konfiszierung von „auf unehrliche Weise gemachten Gewinnen von all denen, die sich Betrügereien unter früheren Regimes schuldig gemacht hatten“.

Wie der kalte Krieger, Journalist und Akademiker Theodore Draper schrieb:

> „Es gibt tatsächlich nichts in dem sozialen und ökonomischen Programm von ‚Die Geschichte wird mich freisprechen', was nicht wenigstens zurückverfolgt werden kann bis zum Programm der Authentischen Partei von Dr. Grau San Martin aus dem Jahre 1935, ganz zu schweigen von der späteren Propaganda von Chibas“ (*Castroism: Theory and Practice,* 1965).

Man denkt bei Castros Anti-Batista-Kampf nach der

katastrophalen Landung der Yacht *Granma* in der Provinz Oriente im Dezember 1956 normalerweise ausschließlich an eine winzige Guerillagruppe, die allmählich Unterstützung von *jibaros* (armen Bauern) gewann. Der Führer der kleinen Bewegung des 26. Juli verhandelte jedoch gleichzeitig mit einer Reihe prominenter bürgerlicher Politiker. So wurde das „Manifest der Sierra Maestra" vom Juli 1957, welches das meist verbreitete Dokument der Rebellen war, von Castro, Raul Chibas (dem Bruder von Eduardo) und Felipe Pazos, dem ehemaligen Präsidenten der Nationalbank Kubas, unterzeichnet.

Das Castro-Chibas-Pazos-Manifest forderte „demokratische, gerechte Wahlen", die von einer „provisorischen neutralen Regierung" organisiert werden sollten, die „Trennung der Armee von der Politik", Freiheit der Presse, eine „gesunde Finanzpolitik" und „Industrialisierung" sowie eine Agrarreform, die den besitzlosen Siedlern und Pächtern Eigentum

an Land sichern sollte (bei vorheriger Entschädigung der Eigentümer). Das Zehn-Punkte-Programm sollte von einer Zivilen Revolutionären Front, zusammengesetzt aus Vertretern aller Oppositionsgruppen, ausgeführt werden.

Die endgültige programmatische Erklärung von der Sierra Maestra, die im Oktober 1958, als das Batista-Regime zerfiel, herausgegeben wurde, war das „Gesetz Nr. 3" über eine Agrarreform. Es basierte auf dem Prinzip Land dem, der es bebaut, erwähnte aber weder Genossenschaften noch Staatsgüter.

Als Fidel und Raúl Castro aus der. Sierra Maestra herausstürmten, um sich mit Ernesto „Che" Guevara und Camilo Cunifuegos in den Ebenen der Camaguey-Provinz zu vereinen und danach nach Havanna zu marschieren, war die Rebellenarmee, die nur 1000 Soldaten zählte, größtenteils Bauern, weit davon entfernt, eine Massenorganisation zu sein.

Die Provisorische Regierung, die mit Castros Einwilligung eingesetzt wurde, war kaum von Ministern beherrscht, die aus der Bewegung des 26. Juli stammten. Der Präsident war Manuel Urrutia, ein ehemaliger Richter; den Premierminister stellte José Miró Cardona, ehemaliger Vorsitzender der Bargesellschaft von Havanna; Außenminister war Roberto Agramonte, der Präsidentschaftskandidat der Orthodoxen Partei 1952, und Felipe Pazos wurde wieder Vorsitzender der Nationalbank. In den neuen Streitkräften war Pedro Diaz Lanz oberster Befehlshaber der Revolutionären Luftwaffe. Ende des Jahres waren alle diese Männer nach den USA übergelaufen, wo sie sich in Miami den ehemaligen Anhängern von Batista anschlossen. Miró wurde später Mariometten-Chef eines „Revolutionsrates", der vom CIA eingerichtet wurde, um als Speerspitze für seine Schweinebuchtinvasion im April 1961 zu dienen.

Die Politik, die vom neuen Regime in den ersten Monaten betrieben wurde, war sicherlich eine radikale Abkehr von den laissez-faire-Ausschweifungen und der grenzenlosen Korruption der Batista-"Regierung", was etwa so war, als hätte man Al Capone im Weißen Haus. Die Aktionen der revolutionären Regierung überschritten jedoch nicht die Grenzen des kapitalistischen Regimes.

Zu den ersten Maßnahmen gehörten die Reduzierung der Elektrizitätstarife um die Hälfte in den ländlichen Gebieten, die Senkung der Mieten um bis zu 50% für die Armen und die Durchführung des Gesetzes über die Agrarreform der Sierra Maestra zusammen mit der Beschlagnahme der Güter der Batista-Anhänger. In den USA entfachte die bürgerliche Presse, allen voran das Magazin *Time,* eine reaktionäre Pressekampagne gegen die Kriegsverbrecherprozesse gegen die blutigen Schlächter des Batista-Regimes (von deren Bestialitäten die imperialistischen Medien nichts berichtet hatten). Insgesamt wurden nur 550 der berüchtigsten Verbrecher mit breiter Billigung wirklich aller Klassen der kubanischen Bevölkerung hingerichtet.

Aber während diese erste Nach-Batista-Regierung von authentischen liberal-bürgerlichen Politikern geführt wurde, lag die tatsächliche Macht in Händen der Rebellenarmee, weshalb auch die offen konterrevolutionären Führer Kuba ohne irgendeinen Kampf verließen. Die Guerillakämpfe in den Bergen waren militärisch von nicht allzu großer Bedeutung gewesen, aber sie gaben mit Erfolg dem massenhaften Haß des Volkes gegen das Batista-Regime organisierten Ausdruck. Als die Führer der Bewegung des 26. Juli in die Hauptstadt einmarschierten, war der offizielle Armee- und Polizeiapparat – der Kern der Staatsmacht – zusammengebrochen. Die Castroisten fegten ihn nun völlig hinweg und organisierten einen neuen Repressionsapparat, der nach ganz



anderen Methoden rekrutiert und organisiert wurde.

Die Guerillaarmee war eine kleinbürgerliche Formation, politisch heterogen, mit einer Führung, die sich aus ehemaligen Studenten und Berufsrevolutionären zusammensetzte, und einer Mitgliedschaft von Bauern der Sierra. Während Castro und die übrige Führung verschiedene Programme, Manifeste usw. mit oppositionellen Liberalen unterzeichnet hatten, waren ihre früheren direkten Verbindungen mit der Bourgeoisie zerstört. Eine äußerst wichtige Tatsache ist, daß die Rebellenarmee nicht mit einem kämpferischen und klassenbewußten Proletariat konfrontiert war, das die kleinbürgerlichen Militanten polarisiert hätte, indem es einige auf die Seite der Arbeiter gezogen und andere direkt in die Arme von Urrutia, Miro und Co. getrieben hätte. Folglich war das, was in Havanna nach dem Sturz Batistas existierte, ein seiner Natur nach vorübergehendes und grundsätzlich unstabiles Phänomen – eine kleinbürgerliche Regierung, die weder der Verteidigung des bürgerlichen Privateigentums noch der der kollektivistischen Eigentumsformen der proletarischen Klassenherrschaft verpflichtet war (siehe „Cuba and Marxist Theory" *Marxist Bulletin* Nr. 8).

Die Konsolidierung eines deformierten Arbeiterstaates

Während ein solches System zeitweise gegenüber der bürgerlichen Ordnung autonom war – d.h. ein kapitalistischer Staat, nämlich die bewaffneten Formationen, die zur Verteidigung einer bestimmten Eigentumsform bestimmt sind, im marxistischen Sinne nicht existierte – konnte Castro dem Klassenkampf nicht entfliehen. Nach dem 1. Januar 1959 hätte es zur Errichtung einer neuen bürgerlichen Staatsmacht in Kuba kommen können, wie es sich nach dem Abzug der französischen Kolonialherren in Algerien 1962 abspielte. Im Falle Algeriens wurde dieser Prozeß noch begünstigt durch den Abschluß der neokolonialistischen Verträge von Evian, die ausdrücklich das Eigentum der französischen Siedler schützten, und durch die Tatsache, daß die Macht einer regulären Armee übergeben wurde, die kaum eine Rolle im Guerillakampf gespielt hatte.

Im Falle Kubas war der US-Imperialismus weit davon entfernt, sich mit dessen Existenz abzufinden, und begann bald einen scharfen ökonomischen Kampf gegen die neuen Machthaber in Havanna, der rasch zu militärischen Aktionen führte. Dieser imperialistische Druck wiederum drängte den Kern der kubanischen Führung nach links, während andere führende Teile aus der Bewegung des 26. Juli sich den bürgerlichen Liberalen und den *batistianos* im Exil anschlossen.

Beim ersten harten Zusammenstoß mit der nationalen Bourgeoisie ging es um die Proklamation einer bescheidenen Agrarreform im Mai. Das neue Gesetz enteignete alles Land über 999 Ar, zahlbar in Schuldscheinen der revolutionären Regierung, die in 20 Jahren eingelöst werden könnten. Die Reaktion war vorhersehbar: die Großgrundbesitzer erklärten, daß dies „schlimmer als der Kommunismus" sei und das US State Department sandte eine freundliche Note ab, in der es bedauerte, daß die amerikanischen Investoren vorher nicht konsultiert worden waren.

Der nächste Schritt Castros, der den Zorn der Kapitalisten erregte, war die Entfernung von Felipe Pazos aus der Nationalbank, dessen Platz Guevara einnahm. Im Februar 1960 besuchte der russische stellvertretende Ministerpräsident, Mikojan, Kuba und unterzeichnete ein Abkommen über den Ankauf von 1 Million Tonnen kubanischen Zuckers jährlich. Dies befreite Kuba von seiner bisher fast ausschließlichen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA, und als sich die US-eigenen Ölraffinerien am 29. Juni 1960 weigerten, aus der UdSSR importiertes Rohöl zu verwenden, wurden sie verstaatlicht. Am 3. Juli billigte der amerikanische Kongreß ein Gesetz, das den Zuckerimport aus Kuba unterband, und zwei Tage später enteignete Castro das US-Eigentum auf der Insel (vor allem Zuckerfabriken).

Inzwischen war die Polarisierung innerhalb der heteroge-



Links: Kubanische Arbeitermiliz während der frühen 60er Jahre. Seite 6: Hauptquartier von Radio Rebeide in der Sierra Maestra.



Che Guevara auf einer Pressekonferenz in Havanna, Oktober 1960.

nen castroistischen Bewegung schnell vorangeschritten. Schon im Juli 1959 hatte Präsident Urrutia eine Regierungskrise provoziert, indem er die PSP und den Kommunismus denunzierte; fast zur selben Zeit forderte der Oberkommandierende der Luftwaffe, Diaz Lanz, Verteidigungsminister Raul Castro auf, die Kommunisten aus den Streitkräften zu entfernen. Diaz flüchtete bald darauf in die USA, Urrutia trat zurück und wurde von Osvaldo Dorticós ersetzt. Im Oktober versuchte der Kommandierende der Streitkräfte in der Provinz Camaguey, Hubert Matos, zusammen mit zwei Dutzend seiner Offiziere eine regionale Rebellion zu organisieren, wurde jedoch schnell überwältigt und verhaftet.

Die Differenzierung fand aber nicht nur in den neuen Streitkräften statt. Die Organisierung der Bewegung des 26. Juli in Havanna und ihre Zeitung *Revolución* Anfang 1959 waren Anlaß für einen aggressiven Antikommunismus.

Die Krise zwischen dem rechten und dem linken Flügel erreichte einen Höhepunkt in der Auseinandersetzung über die Gewerkschaften, wo David Salvador – anstelle des Batista-Gangster-Spezi Eusebio Mujal – zum Vorsitzenden des kubanischen Gewerkschaftsverbandes (CTC) ernannt wurde. Salvador löste sofort die Arbeitskoordination zwischen der PSP und der Bewegung des 26. Juli in der Arbeiterbewegung auf, die Ende des Jahres 1958 zustande gekommen war, und vergab alle Sitze im Exekutivkomitee der CTC an Nicht--Kommunisten. Im November 1959 kam es auf dem CTC-Kongreß zu einem Entscheidungskampf und nach einer persönlichen Intervention durch Fidel Castro wurde der Widerstand des Anti-PSP-Flügels (dem Berichten zufolge auch eine Reihe ehemaliger *Mujalistas* angehörten) gebrochen. Salvador trat wenige Monate später zurück und die Kontrolle der Gewerkschaften ging an den langjährigen Stalinisten Lazaro Peña über (siehe J.P.Morray, *The Second Revolution in Cuba,* 1962).

Der Höhepunkt bei den Verstaatlichungen trat im Herbst 1960 mit einer Serie von Schlag-auf-Schlag-Enteignungen ein (Tabakfabriken, amerikanische Banken und schließlich am 13. Oktober alle Banken und 382 Unternehmen). Mitte Oktober wurden alle landwirtschaftlichen verarbeitenden Betriebe, alle chemischen, Metall-, Papier-, Textil- und pharmazeutischen Unternehmen, alle Eisenbahnen, Häfen, Druckereien, Bauunternehmen und Kaufhäuser verstaatlicht. Insgesamt wurde der Staat danach zum Eigentümer von 90% der industriellen Kapazität Kubas.

Die permanente Revolution

Mit der Übernahme des kapitalistischen Eigentums in Kuba – der ersten in der westlichen Hemisphäre und nur „90 Meilen von Florida“ entfernt – war die Welt Zeuge bei der Enteignung der Bourgeoisie als Klasse. Dadurch wurde die kubanische Revolution natürlich zum Gegenstand des Hasses für die Imperialisten. Castro und Kuba wurden dadurch auch zum Gegenstand der Bewunderung für Möchtegern-Revolutionäre aller Art und eines breiten Spektrums kleinbürgerlich-radikaler Meinungen. Die Neue Linke mit ihrem harten Antileninismus griff instinktiv nach einer Revolution „durch das Volk“, aber ohne eine leninistische Partei und die Teilnahme der Arbeiterklasse.

Für vorgebliche Trotzkisten jedoch warf die kubanische Revolution wichtige programmatische Fragen auf. Die Theorie der permanenten Revolution stellt die These auf, daß in den rückständigen kapitalistischen Regionen die Bourgeoisie zu schwach ist und durch ihre Fesseln an die Imperialisten und Feudalisten nicht imstande ist, Agrarrevolution, Demokratie und nationale Unabhängigkeit – Ziele der klassischen bürgerlichen Revolution – zu verwirklichen. Seine Analyse der russischen Revolution von 1905 veranlaßte Trotzki, darauf zu beharren, daß das Proletariat, gestützt auf die Bauernschaft, seine eigene Klassenherrschaft errichten muß,

um sogar die demokratischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu erfüllen; und es wäre von Anfang an gezwungen, auch sozialistische Maßnahmen durchzuführen, wodurch die Revolution einen permanenten Charakter annähme.

Die kubanische Revolution hat gezeigt, daß sogar mit einer Führung, die den Aufstand ohne die Perspektive, den kleinbürgerlichen Radikalismus zu überwinden, begann, eine wirkliche Agrarreform und nationale Befreiung vom Joch des Yankee-Imperialismus ohne die Zerschlagung der Bourgeoisie als Klasse sich als unmöglich erwiesen hat. Sie erhärtet das marxistische Verständnis, daß das Kleinbürgertum – das sich aus höchst unbeständigen und widersprüchlichen Elementen zusammensetzt, denen die soziale Kraft fehlt, um unabhängig um die Macht zu ringen – unfähig ist, irgendeine neue, charakteristische Art von Eigentumsverhältnissen zu etablieren, sondern gezwungen ist, auf die Eigentumsformen einer der zwei antagonistischen Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft, Bourgeoisie und Proletariat, zurückzugreifen.

Unter außergewöhnlichen Umständen, bedingt durch den Zusammenbruch des Batista-Regimes, in Abwesenheit einer mächtigen Arbeiterklasse, war die Castro-Führung in der Lage, im eigenen Namen um die Staatsmacht zu kämpfen, und wurde durch den Druck des US- Imperialismus und seine wütende Feindschaft gezwungen, einen *deformierten* Arbeiterstaat zu schaffen, der – einmal an der Macht – zunehmend die Herrschaftsform der degenerierten UdSSR in dem Maße imitierte, wie die Castroisten einen bürokratischen Staatsapparat konsolidierten. Die Entwicklung der kubanischen Führung von kleinbürgerlichen Radikalen zu den Verwaltern eines deformierten Arbeiterstaates (und die Einbeziehung der kubanischen Kommunisten) bestätigten Trotzkis Charakterisierung der russischen Stalinisten als eine *kleinbürgerliche Kaste,* die sich auf den von der Oktoberrevolution geschaffenen Eigentumsformen gründet. Darüberhinaus liefert die kubanische Revolution eine negative Bestätigung, daß nur das klassenbewußte Proletariat, geführt von einer marxistischen Avantgardepartei, einen demokratisch regierten, revolutionären Arbeiterstaat schaffen, dadurch die Basis für die internationale Ausdehnung der Revolution legen und den Weg zum Sozialismus öffnen kann.

Im Gegensatz zur russischen Revolution – die eine politische *Konterrevolution* unter Stalin benötigte, um ein bürokratisch degenerierter Arbeiterstaat zu werden – war die kubanische Revolution von Anfang an deformiert. Die kubanische Arbeiterklasse, die im wesentlichen keine Rolle im revolutionären Prozeß spielte, hielt zu keinem Zeitpunkt die politische Macht in Händen, und der kubanische Staat wurde eher nach den Launen der castroistischen Clique als von demokratisch gewählten Arbeiterräten (Sowjets) regiert.

Die revisionistische Strömung, die sich innerhalb der trotzkistischen Bewegung in den späten 50er Jahren herauskristallisiert hatte, sah in Kuba die vollkommene Rechtfertigung für ihren Verzicht des Aufbaus trotzkistischer Avantgardeparteien. Die europäischen Unterstützer des „Internationalen Sekretariats“ (IS) sahen die kubanische Revolution als Beweis dafür an, daß revolutionäre Umwälzungen ohne die Führung durch eine proletarische Avantgarde stattfinden könnten, indem sie das wesentliche Merkmal der Arbeiterdemokratie ignorierten und so den qualitativen Unterschied zwischen einem degenerierten Arbeiterstaat wie dem stalinistischen Rußland oder einem deformierten Arbeiterstaat wie dem castroistischen Kuba und dem gesunden russischen Arbeiterstaat Lenins und Trotzkis verwischten. Kuba wurde das Modell des „revolutionären Prozesses“ unter „neuen Bedingungen“ — und das Schema, an dem die Revisionisten trotz des Mißlingens zahlloser Guerillakämpfe in Lateinamerika festhielten, um den „kubanischen Weg“ nachzuahmen.

Für die amerikanische Socialist Workers Party (SWP) jedoch war Kuba eine Wasserscheide in der Degeneration dieser Partei als Festung des revolutionären Trotzkismus. Während der 50er Jahre hatte sie Pablos Idee des „tiefen Entrismus“ in die reformistischen Massenparteien bekämpft. Aber unter dem Druck des McCarthyismus wurde ihr revolutionäres Rückgrat geschwächt und die Führer der SWP suchten verzweifelt nach einem populären Anlaß, der es ihr ermöglichen könnte, ihre Isolation zu durchbrechen. SWP-Führer Joseph Hansen jauchzte enthusiastisch:

> „Welche Bestimmungen gibt es im Marxismus für eine Revolution, die offensichtlich *in der Tendenz sozialistisch*

ist, die aber von der Bauernschaft angetrieben wird und von Revolutionären geführt wird, die niemals vorgegeben haben, sozialistische Ziele zu vertreten... Dies findet man nicht in Büchern!... Wenn der Marxismus keine Bestimmungen für solche Phänomene hat, ist es vielleicht an der Zeit, daß Bestimmungen geschaffen werden. Es schien, als wäre es ein genügend fairer Handel für eine Revolution, die so gut ist, wie diese" („The Theory of the Cuban Revolution", 1962, Hervorhebung von *Workers Vanguard).*

Nachdem er die Revolution als „der Tendenz nach sozialistisch" erklärt und sie mit Rußland unter Lenin auf die gleiche Stufe gestellt hatte, konnte Hansen nicht einfach die entscheidende Frage der Arbeiterdemokratie ignorieren. ‚3s ist wahr, daß dieser Arbeiterstaat immer noch nicht die Formen proletarischer Demokratie aufweist", schrieb er. Aber er fügte sogleich hinzu: „Dies bedeutet nicht, daß es in Kuba keine Demokratie gibt."

Die SWP-Spitzen benutzten die Annäherung in der Kuba-Frage als die Gelegenheit, um dem LS. die Wiedervereinigung vorzuschlagen. In einem Dokument aus dem Jahre 1963 „Für die baldige Wiedervereinigung der trotzkistischen Weltbewegung" schrieb die SWP über „das Entstehen eines Arbeiterstaates in Kuba – dessen genaue Formen sich erst noch herausbilden müßten" und über die „Entwicklung der Bewegung des 26. Juli in Richtung des revolutionären Marxismus" und schloß mit den Worten):

„Im Verlauf einer Revolution, die mit einfachen demokratischen Forderungen beginnt und mit der Sprengung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse endet, kann der Guerillakampf, geführt von landlosen Bauern und halbproletarischen Kräften unter einer Führung, die sich verpflichtet, die Revolution bis zu einem Abschluß zu führen, eine entscheidende Rolle bei der Untergrabung und dem beschleunigten Zusammenbruch einer kolonialen und halbkolonialen Macht spielen _Er muß bewußt der Strategie des Aufbaus von revolutionären marxistischen Parteien in kolonialen Ländern einverleibt werden."

Als Antwort auf diesen offenen Revisionismus steckten Healy und seine Gefolgsleite vom Internationalen Komitee einfach wie der Vogel Strauß den Kopf in den Sand und erklärten, daß Kuba – sogar nach den Verstaatlichungen von 1960 „ein bonapartistisches Regime sei, das immer noch auf den Grundlagen des kapitalistischen Staates beruhe" und nicht qualitativ anders als das Batista-Regime sei. Aber innerhalb der SWP war die Revolutionäre Tendenz (RT – Vorläufer der Spartacist League/US) in der Lage, das kubanische Regime nach 1960 als einen *deformierten Arbeiterstaat* zu analysieren' und die Bedeutung dieser Charakterisierung für die marxistische Theorie aufzuweisen.

In einer Resolution, die als Gegendokument zum SWP-Führungsdokument „Für die baldige Wiedervereinigung..." unterbreitet wurde, machte die RT klar, daß „deswegen die Trotzkisten sowohl die kampfbereitesten wie die bedingungslosesten Verteidiger der kubanischen Revolution und des aus ihr entstandenen deformierten Arbeiterstaates gegen den Imperialismus sind ..." Aber es fügt hinzu: „was aber keineswegs auf Vertrauen zu oder politische Unterstützung (selbst der allerkritischsten Art) für eine den elementarsten Prinzipien und Bräuchen der Arbeiterdemokratie feindlichen regierenden Schicht hinauslaufen darf..." („Vorwärts zur Wiedergeburt der Vierten Internationale", Juni 1963).

Die Resolution der RT, die die Umarmung des Guerillakampfes und des Castroismus durch die SWP anstelle der trotzkistischen Perspektive offen zurückweist, faßt dies folgendermaßen zusammen:

„Die Ereignisse seit dem Zweiten Weltkrieg haben bewiesen, daß ein Guerrilla-Krieg mit bäuerlicher Basis und kleinbürgerlicher Führung als optimalen Ausgang nur ein antiproletarisches, bürokratisches Regime hervorbringen kann. Die Entstehung solcher Regime haben der niedergehende Imperialismus, die durch stalinistischen Verrat erzeugte Demoralisierung und Desorientierung sowie das Fehlen einer revolutionär-marxistischen Führung der Arbeiterklasse ermöglicht. Die Kolonialrevolution bekommt nur dann einen eindeutig progressiven Charakter, wenn das revolutionäre Proletariat eine solche Führung besitzt. Revisionismus in bezug auf die *proletarische* Führung der Revolution in ihre Stratege aufzunehmen, stellt also eine grundlegende Leugnung des Marxismus-Leninismus seitens der Trotzkisten dar..."

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 102, 26. März 1976

Erfolg einer internationalen Verteidigungskampagne:

Mario Muñoz in Sicherheit!

Am 4. August traf Mario Muñoz Salas, der chilenische Bergarbeiterführer, der mehr als vier Monate lang einer Menschenjagd durch die argentinische Polizei ausgesetzt war, wohlbehalten in Wien ein. Die Rettung dieses mutigen klassenkämpferischen Gewerkschafters vor den Schlächtern der Videla- Junta ist ein Sieg für die internationale Arbeiterklasse und ein Signal der Hoffnung für die Zehntausende von Flüchtlingen vor dem rechtsradikalen Terror, die immer noch in einer ausweglosen Lage in Argentinien sind.

Eine weltweite Kampagne war aufgebaut worden, um Muñoz aus dem Griff der blutgetränkten argentinischen Militärdiktatur zu retten, die ihn zuerst damit bedroht hatte, ihn auf der Stelle zu erschießen und die später ankündigte, ihn nach Chile ausliefern zu wollen. Dort wäre er mit Sicherheit Einkerkerung, Folter und wahrscheinlich dem Tod in den Händen von Pinochets Mordgesellen ausgesetzt gewesen. Diese Kampagne militanter Arbeitersolidarität – mitgetragen vom Partisan Defense Committe (PDC) in den USA und dem europäischen Komitee zur Verteidigung der gefangenen Arbeiter und Seeleute in Chile – hatte es geschafft, ein Visum für Österreich zu erlangen sowie die Beihilfe der Hohen Kommission der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) zu erreichen, die es Muñoz ermöglichten, Argentinien unter UN-Aufsicht zu verlassen.

Am Wiener Flughafen wurde Muñoz vom Komitee zur Rettung von Mario Muñoz und seinem europäischen Pendant, dem Komitee zur Verteidigung der gefangenen Arbeiter und Seeleute in Chile, von der internationalen Spartacist Tendenz und ihrer sympathisierenden Sektion, den Österreichischen Bolschewiki- Leninisten (ÖBL), vom Vorsitzenden der Jungen Generation der SPÖ, Albrecht Konecny, und von Vertretern der österreichischen Arbeiterpresse sowie der bürgerlichen Presse in Empfang genommen.

Muñoz dankte der österreichischen Regierung für die Gewährung des Visums und drückte seine Hochachtung für alle aus, die zu seiner Verteidigung beigetragen haben. Er äußerte seine Besorgnis um das Schicksal seiner Gefährtin und ihrer Kinder, die Argentinien noch nicht haben verlassen können, und um alle Opfer der rechtsradikalen Repression, die immer noch in Argentinien ausharren müssen.

Erst wenn Mario Muñoz mit seiner Familie wieder vereint ist, wird die Arbeit des Komitees zur Rettung von Mario Muñoz beendet sein. Das Komitee möchte aber jetzt schon allen Einzelpersonen und Organisationen, die großzügig ihre Zeit, Energie, ihren besorgten Rat und ihre finanzielle Unterstützung zur Rettung dieses beispielhaften Arbeiterführers beigesteuert haben, seinen tiefsten Dank aussprechen.

Das Komitee zur Rettung von Mario Muñoz konnte die Unterstützung von Hunderten von sozialistischen und Arbeiterorganisationen, Führern von Arbeiterorganisationen, Bürgerrechts- und Verteidigungsorganisationen und prominenten Einzelpersönlichkeiten in fünf Kontinenten



Muñoz-Pressekonferenz in Wien

gewinnen. Zahllose Resolutionen wurden verabschiedet, Briefe geschrieben, Untersuchungen angestellt und Telegramme zugunsten von Muñoz versandt. Artikel und Briefe, die die Lage von Muñoz im Zusammenhang mit anderen gefährdeten politischen Flüchtlingen in Argentinien beleuchteten, erschienen in *Le Monde,* in der *New York Times,* der *New York Review of Books,* der *Globe and Mail* und dem *Star* in Toronto/Kanada, der *Australian Tribüne,* dem *Morning Herald* in Sidney und in vielen sozialistischen und Arbeiterorganen. Mehr als 20 000 US-Dollar (zirka 50 000 DM) wurden gesammelt, mehr als 1 000 DM in Deutschland, allein etwa 10 000 Dollar in den letzten zwei Wochen der Kampagne, als bekannt wurde, daß die österreichische Regierung bereit war, Muñoz und seiner Familie Asyl zu gewähren.

Eine internationale Delegation, organisiert vom Komitee zur Rettung von Mario Muñoz, traf mit dem Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, Prinz Sadruddin Aga Khan, am 16. Juli 1976 in Genf zusammen. Die Delegation setzte sich aus Vertretern der Jungen Generation der SPÖ, der Internationalen Vereinigung katholischer Juristen, des Weltbundes der Arbeit (World Confederation of Labour), der Schweizer Vereinigung progressiver Juristen, der französischen Quäker, des Komitees zur Verteidigung der gefangenen Arbeiter und Seeleute in Chile und des Komitees zur Rettung von Mario Muñoz zusammen. Der Hochkommissar sicherte die Mitarbeit der UNO bei der Gewährleistung des sicheren Geleits für Muñoz aus Argentinien zu.

Freiheit für alle Opfer des reaktionären Terrors in Argentinien und Chile!

Schon vor dem Videla-Putsch mobilisierte das PDC gegen die Eskalation der rechtsradikalen Repression in Argentinien. Am 5. Dezember 1975 rief das PDC zu einer Demonstration vor der argentinischen UN-Mission in New York auf, um gegen die Verhaftung von dreizehn des Waffenschmuggels für den chilenischen Widerstand Bezichtigten zu protestieren, unter ihnen zehn chilenische Flüchtlinge und Richard und Christina Whitecross. Nur die beiden Whitecross wurden freigelassen, und das PDC wird seine Anstrengungen für die anderen elf Inhaftierten bis zu ihrer Freilassung fortsetzen.

> Das Partisan Defense Committee (PDC) ist eine klassenkämpferische und antisektiererische Verteidigungs-Organisation, die mit den politischen Ansichten der Spartacist League (Sektion der internationalen Spartacist Tendenz in den USA) übereinstimmt. Das PDC beteiligt sich an der Verteidigung aller Werktätigen ohne sektiererische oder fraktionelle Einschränkung und steht in der Tradition der „International Labor Defense“ (Internationalen Arbeiter-Verteidigung) unter der Führung ihres Gründers und ersten Sekretärs, James P. Cannon (1925-28).

Nur 48 Stunden nach der Machtübernahme durch die Videla-Junta mit ihrer fadenscheinigen Behauptung, die demokratischen Freiheiten zu respektieren, nahm die argentinische Polizei die Jagd nach Mario Munoz auf, um ihn auf der Stelle zu erschießen. Der Angriff auf seine Familie ist Beispiel für die grausame Unterdrückung, die über die gesamte argentinische Arbeiterbewegung und die Tausende von politischen Flüchtlingen gekommen war, die dem reaktionären Terror in den Nachbarländern entrinnen konnten, dem sie auch in Argentinien ausgesetzt sind.

Die demokratischen Ansprüche des als unblutig ausgegebenen Putsches wurden anfangs von renommierten Zeitschriften und Zeitungen übernommen und ausgemalt. Aber der Umfang des Terrors und die Gefährdung der Flüchtlinge in Argentinien waren wieder und wieder nachzuweisen. Am 10. April wurde der MIR-Führer Edgardo Enriquez verhaftet und am 27. April Pinochets Folterern ausgehändigt. Später wurden liberale Gegner der uruguayischen Diktatur, Zelmar Michelini und Héctor Guiterrez Ruiz, von AAA-Gangstern verschleppt und ermordet. Am 2. Juli wurde Mario Muñoz zusammen mit 12 weiteren chilenischen Flüchtlingen gewaltsam aus dem ihnen von den Vereinten Nationen zugewiesenen Zufluchtsort herausgeholt. Muñoz wurde sofort isoliert, verhört und geschlagen und schließlich mit der Deportation nach Chile bedroht. Nur die Furcht vor einem Skandal angesichts der Protestkampagne zu Muñoz' Gunsten veranlaßte einen höheren Beamten, seine Entlassung zusammen mit der seiner zwölf Genossen anzuordnen.

Da die Wirklichkeit der bösartigen und allseitigen Unterdrückung durch die Junta zu eklatant wurde, um sie noch zu verbergen, und die wachsende Zahl von Opfern der Polizei und der AAA nicht länger geheimzuhalten war, fiel die Kampagne mit dem wachsenden internationalen Widerstand gegen den Terror des Videla-Regimes zusammen. Die Kampagne zur Rettung von Mario Muñoz trägt selbst mit ihren bescheidenen Mitteln eine wesentliche Verantwortung dafür, daß dem Videla-Coup die demokratische Fassade abgerissen wurde und der internationale Protest gegen die Repression in Argentinien gerichtet wurde.

Die Kampagne betonte, daß Muñoz stellvertretend für die Lage von Tausenden von chilenischen, uruguayischen und anderen lateinamerikanischen Flüchtlingen vor der Verfolgung durch eine Junta stand, die jetzt alle mit Einkerkerung, Verschleppung oder Vernichtung durch die argentinische Militärdiktatur und ihre parapolizeilichen antikommunistischen Todestrupps der AAA bedroht werden. Die massive Eskalation des militärischen Terrors in Buenos Aires in den vergangenen Wochen zog schließlich den weltweiten Protest auf sich, und am Freitag, dem 6. August 1976, kündigte die UN-Hochkommission für Flüchtlinge an, daß Österreich, Großbritannien, Kanada, Frankreich, Norwegen .und die Schweiz die Aufnahme von annähernd 2 000 lateinamerikanischen Flüchtlingen aus Argentinien zugesagt hätten.

Mario Muñoz klagt den argentinischen und chilenischen Terror an

Am 7. August hielt das Komitee zur Rettung von Mario Muñoz eine Pressekonferenz in Wien ab. Anwesend waren Vertreter und Korrespondenten von *Le Monde,* des Wiener *Kurier,* der Österreichischen Presse-Agentur, der *Workers Vanguard,* der CISNU, der *rotfront* (Organ der österreichischen VS-Sektion GRM), der *Permanenten Revolution* (Organ der Internationalen Kommunistischen Liga) und der *Rearme* (chilenische Exilzeitung). Muñoz begann mit dem Dank an die Hunderte von linken und Arbeitermilitanten sowie prominenten Persönlichkeiten, deren Unterstützung ihn nach Wien gebracht hatte, um hier die Wahrheit über das reaktionäre Terrorregime in Argentinien zu verbreiten.

Muñoz sprach von der blutigen Repression, die immer noch Zehntausende chilenischer politischer Flüchtlinge gefährdet, die in Argentinien in der Falle sitzen. „Es ist notwendig, eine noch größere Kampagne zu entwickeln, um

die Arbeiterführer zu retten“, sagte er unter Betonung der Notwendigkeit internationalen Protests und Drucks zugunsten jener, die dem Juntaterror zum Opfer zu fallen drohen.

Über seine gefährliche Flucht aus Chile nach dem Putsch im September 1973 berichtete Muñoz: „Meine Ausreise nach Argentinien wurde von einer Vollversammlung von Bergarbeiterführern beschlossen, weil mein Name im Fernsehen und Rundfunk bekannt gegeben wurde ... Sie (die Putschisten) schickten Flugzeuge, um die Bergarbeiterlager zu bombardieren, sie töteten sogar die Kinder der Minenarbeiter ... Als ich die Anden-Cordilleren nach Argentinien überquerte, sah ich ein Lager der Bergarbeiter-Kooperative ‚Maquis de Pedernales', das durch Bomben vollständig vernichtet worden war.“

Über das Elend unter den chilenischen Massen hob Muñoz hervor, daß die Arbeitslosenquote (*offiziell* bereits mit katastrophalen 20% angegeben) bei genauer Zählung, die auch die bestimmt 100 000 Flüchtlinge einschließen müßte, von denen die meisten in den westargentinischen Provinzen konzentriert seien, doppelt so hoch wäre. In der argentinischen Provinz Mendoza erhalten die 3 000 offiziell unter UN-Aufsicht stehenden chilenischen Flüchtlinge nur Unterkunft und eine Mahlzeit täglich. Sie genießen keine medizinische Versorgung und erhalten keine Arzneimittel. Bei den beständig wiederholten Überfällen von Militär und der parapolizeilichen antikommunistischen Mörderbanden der AAA auf die Flüchtlingsunterkünfte, sagte Muñoz, zeigt die UNO sich unfähig, chilenische politische Flüchtlinge in Argentinien zu beschützen.

Die schreckliche Realität des „Schutzes“ für die Flüchtlinge vor dem rechtsradikalen Terror wurde durch Muñoz'

Die internationale Presse berichtet: Muñoz in Sicherheit



Mario Munoz Salas in Wien: In Chile und Argentinien sollte er sterben

M. Munoz entkam seinen Jägern

Die weltweite Rettungsaktion endete in Wien

Von Harald Irnberger

In der Ankunftshalle des Flughafens Schwechat liegen sich drei Menschen in den Armen – minutenlang: drei Chilenen. Eine Frau und ein Mann, der während des Militärputsches gegen die Allende-Regierung im September 1973 das Augenlicht verloren hat, waren zum Empfang aus Paris angereist. Der dritte kam direkt aus Argentinien – und daß er noch lebt, ist nicht zuletzt der privaten Initiative einiger Österreicher zu danken.

Visum für Österreich

Unterwegs zu einem zweiten Chile

Argentinien: Gewerkschaftskampagne rettete Mario Munoz aus Händen der Junta



PLUSIEURS PAYS SONT PRÊTS A ACCUEILLIR DES RÉFUGIÉS LATINO-AMÉRICAINS

déclare un porte-parole du haut commissariat des Nations unies



In Argentinien leben 15.000 Chileflüchtlinge

WIEN (apa). In Argentinien leben zur Zeit rund 16.000 politische Flüchtlinge, davon sind 15.000 aus Chile emigriert. Dies erklärte der ehemalige chilenische Bergarbeiter-Gewerkschaftler Mario Munoz ...

Die Presse

Unabhängige Zeitung für Österreich



eigene Verhaftung durch die Polizei aus einer unter UNSchutz stehenden katholischen Zufluchtsstätte in der Stadt grell beleuchtet: „Sie verhafteten uns um 17 Uhr und führten uns zu Verhör und Folter. Von den dreizehn Verhafteten wurde ich binnen fünf Minuten als derjenige isoliert, der zu verhören wäre ... Ich weigerte mich irgendetwas zu beantworten, und deshalb wurde mir gesagt, daß, da ich ihnen nichts erzählen würde, sie mir sagen würden, wer ich wäre. Alles, was ich im Flüchtlingszentrum vor dem Mendoza- Komitee (das die Flüchtlingsunterkünfte verwaltet) und vor dem Rechtsanwalt ausgesagt hatte, tauchte in den Akten der Polizeibehörde auf. Der Fragesteller zitierte wortwörtlich aus meiner Aussage vor dem UN-Komitee in Mendoza."

Der *Kurier* (eine führende bürgerliche Wiener Tageszeitung) berichtete nach der Pressekonferenz am 10. August 1976 über die Bedeutung der internationalen Kampagne: „Mario Muñoz schlug sich über drei Monate im Untergrund durch. Das in New York ansässige Partisan Defense Committee hatte jedoch diesen spektakulären Fall aufgegriffen und in der ganzen westlichen Welt eine Kampagne zur Rettung von Mario Muñoz aufgezogen ..."
Der Kurier berichtete auch von der Intervention führender Funktionäre der SPÖ und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zugunsten Muñoz.

Die Wiener *Arbeiter-Zeitung* (Organ der SPÖ) vom 7. August 1976 hielt es für nötig, Muñoz wegen seines Bruchs mit Allendes Volksfront anzugreifen, und ging so weit festzustellen, daß die Repression, unter der er in der Folgezeit litt, „seine persönliche Schuld" sei. Aber Muñoz hatte angeboten, dem Allende-Regime militärische Unterstützung der Bergarbeiter gegen einen rechtsradikalen Putsch zu geben. Seine Warnung bestand darin, daß es Allende durch Versöhnlertum gegenüber der Reaktion und Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie war, der den Weg für den Putsch ebnete.

Die heimtückische Menschenjagd nach Muñoz umfaßte zwei Länder. Die Kampagne, um diesen chilenischen Arbeiterführer zu retten, erstreckte sich auf fünf Kontinente. Sie hat auch die entsetzliche Gefahr für Linke und Arbeiterführer in Lateinamerika publik gemacht. Die auf breiter Basis unternommene Verteidigungsanstrengung beweist die Macht der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse und zeigt die fortwährende Notwendigkeit antisektiererischer klassenkämpferische Verteidigungsbemühungen für alle Opfer reaktionären Terrors auf. Dieser wichtige Sieg eröffnet neue Hoffnung für alle die Klassenbrüder und -schwestern von Mario Muñoz, die durch die niederträchtigen Juntaschlächter wegen ihres Kampfes gegen reaktionäre Diktatur in Lateinamerika und in der ganzen Welt verfolgt werden.

Die Muñoz-Kampagne war führend in der Mobilisierung des lauten Protests gegen die rechtsradikale Repression in Argentinien. Mit geringen Mitteln mußte das Komitee zur Rettung von Mario Muñoz nicht nur die Lage von Muñoz, sondern auch die wirkliche Lage in Videlas Argentinien ans Licht bringen, während die bürgerliche Presse – begünstigt von Liberalen und Stalinisten – das reaktionäre Terror--Regime reinzuwaschen bestrebt war. Mit der Ausnahme des MIR-Führers Edgardo Enríquez (im April an Pinochet ausgeliefert) erlangte kein anderer chilenischer Linker in Argentinien soviel Publizität. Das UN-Büro in Buenos Aires erzählte Muñoz, daß es mit Telegrammen zugunsten der Beschaffung freien Geleits für ihn aus Argentinien überschwemmt worden sei.

Die Kampagne hat die Aufmerksamkeit auf die verzweifelte Situation argentinischer Linker und Gewerkschafter wie auch chilenischer und anderer Flüchtlinge gelenkt. Am selben Tage wie die Munoz-Pressekonferenz in Wien gab die österreichische Regierung eine Quote von 250 Visa für Flüchtlinge aus Argentinien bekannt. Der chilenische Bergarbeiterführer war der erste Flüchtling, der dadurch Aufnahme fand.

Dieser Sieg ist ein Beweis für die Wirksamkeit internationalen Protests im Geist der Solidarität der Arbeiterklasse, derselben Solidarität, der Munoz sein Leben gewidmet hat. Eine Verteidigungskampagne kann leicht auf dem bereits bestehenden Ansehen prominenter Intellektueller und Künstler, die dem reaktionären Terror zum Opfer fallen, aufgebaut werden. Aber Arbeiterführer und Militante wie Mario Munoz, sind im Ausland meist unbekannt und werden oft übersehen, wenngleich sie in ihren eigenen Herkunftsländern weithin geachtet werden. Verteidigungskampagnen zu ihren Gunsten können nur durch Massenprotest und durch Publizität aufgebaut werden, die sich auf die Arbeiterbewegung orientieren. Sie können nur auf einer antisektiererischen Basis, durch die breiteste Unterstützung aller, die für die Menschenrechte eintreten, siegen.■



Beschluss des ZK der TLD zur kritischen Unterstützunq der GIM bei den Bundestagswahlen 1976

Die Kandidatur der GIM – obwohl sie nicht über den ökonomischen Reformismus des „Nur-Gewerkschaftertums“ hinausgeht – erfüllt die minimalen Bedingungen einer Kandidatur „proletarischer Klassenunabhängigkeit“, d.h. die GIM-Kandidatur stellt nicht einen direkten organisatorischen Block mit der Bourgeoisie dar, wie die der SPD, oder einen programmatischen Block wie dies bei den NATO-Unterstützern KBW und KPD oder der linken SPD-Pressure Group, der DKP, der Fall ist.

Jedoch stellt die kapitulantenhafte, abstentionistische Haltung der GIM zur DDR und zu anderen deformierten bzw. degenerierten Arbeiterstaaten in ihrer Wahlpropaganda diesen klassenunabhängigen Charakter in Frage. Die Kapitulation der GIM vor antikommunistischen und „dritten-Weg“-Illusionen drückt sich besonders in ihren „massenagitatorischen“ Propagandamitteln, z.B. in ihren Flugblättern, aus. Hier tritt allein die Kritik an den Arbeiterstaaten hervor. Ihre Errungenschaften werden nur beiläufig oder gar nicht erwähnt. Das Resultat dieser Anbiederung an kleinbürgerliche Kräfte und der Kapitulation vor dem Antikommunismus der Masse der Arbeiter könnte dann auch bei der GIM wie 1975 bei ihrer österreichischen Schwesterorganisation GRM heißen: „Wir wollen keinen Sozialismus ä la CSSR.“

In impressionistischen Äußerungen der GIM (so auch in ihrer Wahlplattform) findet sich implizit die Stellungnahme der GIM zur Verteidigung der historischen Errungenschaften der deformierten bzw. degenerierten Arbeiterstaaten. Diese Stellung der GIM findet sich ebenfalls in dem Artikel „Arbeiterdemokratie – die beste Mauer gegen den Imperialismus“ (*was tun* Nr. 118), wo sie sie einnimmt trotz ihrer falschen Haltung zur Berliner Mauer, die sie nicht verteidigt, obwohl diese durch die Politik der parasitären Bürokratie notwendig geworden ist, um die DDR gegen den westdeutschen Imperialismus effektiv verteidigen zu können. Die TLD läßt sich von der trotzkistischen Position leiten, die Arbeiterstaaten prinzipiell – unabhängig von der Politik ihrer stalinistischen Staatsführung – zu verteidigen; die effektivste Sicherung der Arbeiterstaaten kann nur auf der Basis der Ausweitung der Weltrevolution und durch den Sturz der parasitären Bürokratie erfolgen.

Zwar wird die GIM nicht von dieser trotzkistischen Position zu den Arbeiterstaaten gelenkt, aber sie hat versteckt eine Position ihrer Verteidigung eingenommen.

Die TLD gibt der GIM bei den Bundestagswahlen 1976 kritische Unterstützung.

Dieser Beschluß soll der Redaktion der *was tun,* Wochenzeitung der GIM, zur Kenntnisnahme zugestellt werden.

Berlin, den 27. August 1976

Fortsetzung von Seite 3

bejubelt, selbst Carvalho wurde zum Held. „Druckerfrau und Druckermann – streikt doch bitte noch recht lang“ war das zielgerichtetste, was der KB zum Druckerstreik anzubieten hatte. Seine Programmlosigkeit macht den KB zum Chamäleon. Bis heute hat der KB dank seiner Programmfeindlichkeit eine zentrale Frage für eine revolutionäre Politik nicht beantworten können: Welchen Klassencharakter hat die Sowjetunion? Welchen Klassencharakter hat die DDR? Ohne revolutionäres Programm kann es auch keine revolutionäre Politik geben.

Der KB begeht einen zweiten Irrtum, wenn er anderen Organisationen vorwirft, sie würden zentralisierte Entscheidungen treffen. Demokratischer Zentralismus gehört ebenfalls zu den Grundlagen der leninistischen Parteitheorie. Die unbewußte Beschlußfassung im KB ist ein Beweis dafür, daß sein Gegenteil nur bürokratischer Zentralismus sein kann. Sein „Leitungsgremium“ schlägt zunächst eine Wahlunterstützung von DKP und KBW vor. Dieser Vorschlag stößt auf Ablehnung in der Mitgliedschaft und wird fallengelassen. Die Hamburger Ortsgruppe spricht sich für eine Eigenkandidatur aus. Doch das widerspricht der bisherigen Grundlinie. Also beschließt das „Leitungsgremium“, nichts zu beschließen, außer gegen eine Eigenkandidatur zu sein und gegen eine SPD-Unterstützung. „Wir werden propagieren, sich entweder der Stimme zu enthalten oder in irgendeiner Form eine ‚Proteststimme' abzugeben, was durch Ungültigmachen des Stimmzettels oder Stimmabgabe für eine der kandidierenden Organisationen links von der SPD geschehen kann.“ *(Arbeiterkampf* Nr. 85)

Die Arbeiterklasse und vielleicht auch die eigene Mitgliedschaft wird dem KB für diese hilfreiche Stellungnahme dankbar sein!

Der Spartacusbund: orthodoxe Phrasen und Kapitulation in der Praxis

Die „Stellungnahme des Politischen Büros des Spartacusbundes“ zu den Bundestagswahlen enthält zweifellos ein paar hübsche pseudoorthodoxe Aussagen. So wird die Taktik des „Kommunistischen Wahlbündnisses“ abgelehnt und sogar eine öffentliche Selbstkritik dazu geübt, daß diese Taktik bis zu seiner 5. Bundeskonferenz des Spartacusbundes liebstes Steckenpferd war. Nicht erwähnt wird allerdings der Ausschluß der Trotzkistischen Fraktion aus dem Spartacusbund, weil sie diese Taktik schon vor der 5. Bundeskonferenz als eine prinzipienlose Blockbildung und eine Selbstauflösung der Partei denunzierte. Doch die Erfahrung mit dem Zentrismus bleibt auch dem Leser des *Spartacus* Nr. 29 nicht erspart. Trotz allen Geschreis des Spartacusbundes, daß er die SPD nicht mit der CDU gleichstellen würde, erkennt man erneut, daß der Begriff „bürgerliche Partei, die sich auf die Arbeiter stützt“ doch dehnbar ist: „Denn die Tatsache, daß CDU wie SPD durch und durch bürgerlich sind, wird nirgends deutlicher als in ihrer gemeinsamen Außenpolitik.“

Gegen die arbeiterfeindlichen Gesetze, die von der SPD/FDP-Regierung erlassen wurden, fordert der Spartacusbund nicht die Einheitsfront der Arbeiterorganisationen, sondern ein ominöses „Schutz- und Trutzbündnis“, das mehr als konkrete Absprachen sein soll und nur auf einen faulen Block hinauslaufen wird. Denn was anderes soll ein *ständiges* Bündnis darstellen, ein Bündnis, das dem bürgerlichen Staat trutzt? Auf welcher politischen Grundlage trutzt es? In der gleichen Stellungnahme wird dieser Verdacht bestätigt:

„Und genau gegen diese nur bürgerliche Alternative (der SPD, d.Red.) gilt es, für eine proletarische Alternative zu

kämpfen, dafür daß grundsätzlich *jeder* das Recht hat, im Staatsdienst sein Brot zu verdienen, und daß die Abwehr von Faschisten nur das Werk der Arbeiter sein kann, unabhängig vom bürgerlichen Staat! Diese Alternative konnten *die linken Organisationen* (Hervorhebung von uns) bisher bei keiner zentralen Frage entwickeln." Die Idee des Schutz- und Trutzbündnisses entspricht haarscharf der revisionistischen Methodik des früheren Wahlblockgedankens. Was soll dann die Kritik am KB noch wert sein?

In korrekter Weise stellt der Spartacusbund das Kriterium der *Klassenunabhängigkeit* als Unterstützungskriterium auf. Doch reicht seine vorgegebene Orthodoxie nur für die Politik in der BRD. Schönstes Beispiel für die Verkommenheit und Widersprüchlichkeit seiner „Internationalen Initiative" ist, daß dieses Kriterium international keine Rolle spielt: Von der Unterstützung für den PCP-Kandidaten Pato in Portugal bis zur kritiklosen Übernahme eines Artikels des Partners FMR zu den italienischen Wahlen, in dem sowohl die PCI wie die Democracia Proletaria unterstützt wird – Aufrufe zur Stimmabgabe für Organisationen mit sehr offenen Volksfrontgelüsten!

Der Spartacusbund wird nicht die Vierte Internationale als eine demokratisch zentralistische Weltpartei schaffen. Der Spartacusbund ruft zur Wiedergeburt eines zentristischen Londoner Büros auf!

Die Kandidatur der GIM

Die Trotzkistische Liga Deutschlands hat die kritische Unterstützung für die Kandidatur der GIM in den Bundestagswahlen 1976 beschlossen. Als einzige kandidierende Organisation stellt die Gruppe Internationale Marxisten eine „unabhängige Klassenkandidatur" dar. Unsere Unterstützung für die Kandidatur der GIM ist jedoch keineswegs eine kritiklose Unterstützung. Sie ist eine negativ bezeichnete Unterstützung. In der Wahlplattform der GIM findet sich keine Forderung, die uns eine Unterstützung unmöglich machen würde. Unmöglich war z.B. unseren Genossen der ÖBL (Österreichische Bolschewiki-Leninisten) eine Unterstützung der österreichischen Schwesterorganisation der GIM, der Gruppe Revolutionäre Marxisten (GRM), als diese die Losung: „Keinen Sozialismus a la CSSR" in den Mittelpunkt ihrer Wahlpropaganda stellte. Diese Losung zählte auf die Unterstützung kleinbürgerlicher Kräfte mit antikommunistischem Bewußtsein. Die Unterstützung der GIM wird möglich, weil diese Organisation *trotz ihrer reformistischen Wahlplattform,* die hinter ihre allgemeine zentristische Politik noch zurückfällt, die formale Klassenselbständigkeit des Proletariats bei den Wahlen 1976 behauptet.

Die Wahlplattform der GIM ist die syndikalistische Zuspitzung der Rechtsentwicklung der GIM. In der Situation der wirtschaftlichen Krise sieht die GIM nur eine Lösung: „durch einen offensiven betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf die eigenen Interessen durchsetzen" (Wahlplattform S. 6). „Wir brauchen eine Arbeiterregierung" (S. 16) stellt die GIM richtig fest. Doch handelt es sich hierbei um eine antiparlamentarische, revolutionäre Regierung, für die die GIM eintreten würde? Nein, unsere linken Syndikalisten wollen die Arbeiter nicht verschrecken. „Trotz allem Gerede vom angeblich drohenden ‚Gewerkschaftsstaat': Eine solche Regierung könnten die Arbeiter gebrauchen. Eine Arbeiterregierung." Die GIM steht wie der Spartacusbund in der *rechten* Tradition des Verständnisses der Losung der Arbeiterregierung, d.h. sie versteht die Arbeiterregierung (wie die KPD-Rechten Brandler und Thalheimer, gegen deren Revisionismus die linke Opposition gekämpft hat) als eine Regierung von Arbeiterparteien im Rahmen des bürgerlichen Systems. Diese Konzeption basiert logisch auf der Negation der leninistischen Staatstheorie und führt notwendigerweise zu menschewistischen Etappenmodellen.

Und was bedeutet „Die Internationalität des Klassenkampfes" (S. 39)? Zwei Punkte werden benannt: 1. „Internationale Solidarität" (d.h. internationale Unterstützungskampagnen bei „konkreten Arbeiterkämpfen" und „revolutionären Massenbewegungen"), 2. „Internationale Gewerkschaftspolitik". Kein Wort über die Vierte Internationale, deren Kern das Vereinigte Sekretariat (VS) doch zu sein meint. Getreu dem „Europäischen Dokument" des VS wird es hier selbst „Bestandteil der neuen Massenavantgarde". An der pabloistischen Methode der GIM als deutscher Sektion des VS ändert es auch nichts, wenn ihre augenblickliche Kompaßmehrheit das Wort „Massenavantgarde" durch „Arbeitervorhut" ersetzt: kleinbürgerliche Anpassung ersetzt durch workeristische Anpassung. Die Gewerkschaftsborniertheit der GIM, die nicht für kommunistische Gewerkschaftsfraktionen kämpft, nicht für eine revolutionäre Gewerkschaftsführung, sondern nur für die „Demokratisierung" des DGB, führt sie zu abenteuerlichen Konstruktionen: „Einrichtung eigener Strukturen für die ausländischen Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften, die gegenüber der Gewerkschaftsführung autonom sind". Die selige KJO/Spartacus kämpfte für einen autonomen Jugendsektor. Man könnte auf die Idee eines autonomen Frauensektors kommen. Durch Entfaltung der „Basisdemokratie" Schaffung einer Parallelstruktur in den Gewerkschaften! D.h. dem Kampf um die *Führung* der Massenorganisationen aus dem Wege zu gehen, eigene unabhängige Spielwiesen zu schaffen. So wird die Spaltung der organisierten Arbeiterschaft verschärft und die zentralisierte Schlagkraft geschwächt. Deutsche und ausländische Arbeiter müssen

Fortgesetzt auf Seite 18

GIM-Kandidatur: Kapitulation vor dem Antikommunismus?

An das
ZK der Gruppe Internationale Marxisten (GIM)

Berlin, den 7. August 1976

Genossen,

Eure Organisation hat mit ihrer „Resolution des Zentralkomitees der GIM" (*was tun* 106) ihre Teilnahme an den Bundestagswahlen beschlossen.

Für die TLD als Kern der deutschen Sektion der wiederzuschaffenden IV. Internationale, die in Folge ihrer organisatorischen Schwäche nicht kandidiert, stellt sich die Frage der kritischen Wahlunterstützung der GIM, einer vorgeblich revolutionären Organisation.

Eine kritische Unterstützung („wie der Strick den Gehängten") der deutschen Sozialdemokratie, einer bürgerlichen Arbeiterpartei, ist für uns gegenwärtig schon allein aus dem Grunde der SPD/FDP-Koalition völlig ausgeschlossen. Das gleiche gilt für die stalinistischen Organisationen aller Couleur, die implizit oder explizit die offene Allianz mit der Bourgeoisie, sei es in Form der antimonopolistischen Demokratie der DKP oder in Form der NATO-Unterstützung der Maostalinisten gegen die „sozialimperialistische Sowjetunion", propagieren. Bleibt die Kandidatur der GIM.

Kriterium für die kritische Unterstützung der GIM durch die TLD ist nicht die Existenz eines mehr oder weniger vollständigen revolutionären Programms. Für ein revolutionäres Programm wird Eure Organisation, Produkt der Degeneration der IV. Internationale zu einem Konglomerat, niemals kämpfen.

Zentrales Kriterium für eine mögliche Wahlunterstützung. Eurer zentristischen Organisation ist vielmehr Eure Bereitschaft, gegenwärtig auf der Basis der Klassenunabhängigkeit zu kandidieren, Eure Bereitschaft, keinen Block mit der Bourgeoisie einzugehen, wie das etwa KPD und KBW tun.

Nach unseren bisherigen Kenntnissen erfüllt die Kandidatur der GIM, obwohl sie über den ökonomistischen Reformismus nicht hinausgeht, formal das Kriterium der Klassenunabhängigkeit. Die Erfüllung dieses Kriteriums wird jedoch durch Eure bisher in Euren Wahlstellungnahmen noch nicht geklärte Haltung zu den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten eingeschränkt. Indem Ihr hier von Eurer Position der Verteidigung der Arbeiterstaaten entweder abrückt oder sie verschweigt, kapituliert Ihr vor antikommunistischem Bewußtsein in der Arbeiterbewegung und vor dem des Kleinbürgertums. Die Frage der Arbeiterstaaten, insbesondere die der DDR, spielt im Wahlkampf eine nicht unbeträchtliche Rolle, dienen sie doch der Bourgeoisie als hervorragendes Beispiel, um den Sozialismus an sich zu diskreditieren. Keine Organisation der Arbeiterbewegung kommt hier um eine Stellungnahme herum.

Es ist wichtig, aber völlig unzureichend, zur politischen Revolution etwa in der DDR aufzurufen. Der gleichzeitige Verzicht jedoch auf die Propaganda für die bedingungslose Verteidigung der Arbeiterstaaten ist gerade im geteilten Deutschland ein besonderer Verrat.

In einem Hamburger Flugblatt („Ermöglicht durch Eure Unterschrift die Kandidatur der GIM", ohne Datum) schreibt Ihr z.B.:

„Die IV. Internationale tritt in ihrem Programm und in ihrer Praxis ein

— für die volle Arbeiterdemokratie in den Arbeiterstaaten mit einem demokratischen Rätesystem, der Zulassung aller Arbeiterparteien auf dem Boden des Arbeiterstaates.
— Die IV. Internationale tritt für das Recht auf freie Meinungsäußerung für sozialistische und bürgerliche Kritiker in den Arbeiterstaaten ein und
— gegen die Repressionsmaßnahmen der Bürokratien in diesen Ländern."

Tritt die GIM damit auch für „demokratische Rechte" für kroatische Faschisten und andere offene Konterrevolutionäre ein? Repressionsmaßnahmen gegen den Klassenfeind, gegen die imperialistische Intervention müssen die unbedingte Unterstützung der Trotzkisten finden. Indem Ihr versucht, unparteiisch gegenüber den Arbeiterstaaten zu sein, zwingt Euch die Wirklichkeit doch dazu, Partei zu ergreifen.

In einem anderen Flugblatt heißt es: „Diese Alternative (Anm.: der GIM) muß sich ebenso gegen die Unternehmerpolitik der heutigen SPD richten wie gegen den bürokratischen Sozialismus stalinistischer Prägung, wie er von der DKP (pro Moskau) oder der KPD (pro China) vertreten wird."

Und worin besteht diese Alternative? Sie soll auf einem im gleichen Flugblatt publizierten 9-Punkte-Programm basieren - einem Programm, das gut und gerne im Rahmen des bürgerlichen Staates realisiert werden kann. Ein reformistisches Programm als Alternative zum „bürokratischen Sozialismus stalinistischer Prägung"? Eine solche Position, konsequent vertreten, liefe bestenfalls auf eine Position des „dritten Wegs" hinaus, die Imperialismus und Stalinismus gleichermaßen verurteilt.

Genossen der GIM, wir fordern Euch auf, in Eurem Wahlprogramm eindeutig Stellung zu beziehen zur Frage der bedingungslosen Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten gegenüber dem Imperialismus! Einer Kandidatur, die etwa unter dem Motto „kein Sozialismus ä la CSSR" (Losung der GRM im Wahlkampf 1975) oder „ä la DDR" liefe, müßten wir unsere kritische Unterstützung verweigern.

Besonders bedenklich im Falle einer weiterhin unklaren Stellungnahme zu den Arbeiterstaaten wäre es, wenn Ihr in den Wahlkreisen, in denen Ihr nicht kandidiert, etwa zur Wahl des KBW aufrufen würdet. Kritische Unterstützung für den KBW hieße „kritische" Unterstützung für das imperialistische NATO-Wehrbündnis.

Genossen der GIM, Ihr habt in Eurer Presse, ebenso wie der KB, Euer Interesse bekundet, gemeinsame Diskussionen mit anderen Organisationen der Arbeiterbewegung zu den Wahlen zu führen. Wir sind gerne bereit, uns auf örtlicher, regionaler oder nationaler Ebene an solchen Diskussionen zu beteiligen.

Mit kommunistischen Grüssen
für das Zentralkomitee der
TLD Lenz

Fortsetzung von Seite 16
gemeinsam für ihre Rechte kämpfen. Isoliert können die ausländischen Arbeiter nicht siegen. Und die „autonomen" Strukturen der GIM führen die schwächsten Teile des Proletariats in die Isolation! Aber Kommunisten müssen auf der Ebene des gesamten DGB gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung und die bürokratischen Gewerkschaftsstrukturen kämpfen. In diesen Kampf ordnet sich auch eine Forderung ein, die man bei der GIM vergeblich suchen wird und die in Deutschland nur von der TLD vertreten wird: *Polizei raus aus dem DGB!*

Doch werden Kommunisten ihren Kampf nicht auf die Betriebe und Gewerkschaften begrenzen. Kommunisten müssen in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens intervenieren. Kommunisten treten für die revolutionäre Massenaktion ein. An den Kämpfen der Massen anzusetzen, sie weiterzutreiben und ihnen eine revolutionäre Richtung zu weisen, das ist die Aufgabe der Kommunisten. Das von Trotzki und der Vierten Internationale 1938 verfaßte Übergangsprogramm *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale* ist ein System von Forderungen, das eine Brücke vom Bewußtsein der Massen schlägt zur Eroberung der Staatsmacht. In der Wahlplattform der GIM, die von sich behauptet trotzkistisch zu sein, ist hiervon nichts mehr zu spüren. Am klarsten dokumentieren die Wahlplakate der GIM ihr Unverständnis:

„gegen Reallohnabbau - Lohnnachschlag
gegen Arbeitslosigkeit - 35Stunden-Woche
gegen Lohnabbau durch Inflation gleitende Lohnskala".

Die GIM zerstückelt das Übergangsprogramm bis zur Unkenntlichkeit und versucht wenn möglich ihre Forderungen „gesetzlich" abzusichern. Sie will ihre Forderungen *in diesem System* durchsetzen, statt das *kapitalistische System zu zerschlagen.* Aus der gleitenden Skala der Löhne und der Arbeitszeit wird: „Die Löhne steigen für alle gleich" und „gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" (S. 7 u. 10). Erst Kapitel später fordert die GIM die gleitende Lohnskala, die natürlich „die Tarifautonomie nicht antasten darf (S. 31).

Deutlicher wird der Reformismus der GIM bei der Überschrift „Verstaatlichung als Ziel" (S. 26). In diesem Abschnitt ruft die GIM wirklich *nur* zur Verstaatlichung „der von Stillegung bedrohten Betriebe" auf. Und für die „Kontrolle der Arbeiter durch Offenlegung der Geschäftsbücher". Trotz allem Gerede gegen die Mitbestimmung – was ist das Süßmuthmodell anderes als ein Mitbestimmungsmodell? Kontrolle über einen Betrieb oder auch nur über die Gesamtheit der bankrotten, verstaatlichten Betriebe ist eine reformistische Sackgassenpolitik. Im Übergangsprogramm dagegen heißt es:

> „Die Arbeiter haben nicht weniger als die Kapitalisten das Recht, die ‚Geheimnisse' der Fabrik, des Trusts, des ganzen Industriezweiges und der nationalen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit zu kennen. Zuerst und vor allem sollten die Banken, die Schwerindustrie und das zentralisierte Transportwesen unter die Lupe genommen werden.
> Die unmittelbaren Aufgaben der Arbeiterkontrolle bestehen darin, Einkünfte und Ausgaben der Gesellschaft festzustellen, angefangen bei einzelnen Unternehmen; den tatsächlichen Anteil am Nationaleinkommen einzelner Kapitalisten und der Ausbeuter im gesamten zu bestimmen; die hinter der Bühne vor sich gehenden Machenschaften und Schwindeleien der Banken und Trusts bloßzulegen; und schließlich allen Gliedern der Gesellschaft die unverantwortliche Verschwendung von menschlicher Arbeitskraft vor Augen zu führen, die das Ergebnis der kapitalistischen Anarchie und der nackten Profitgier ist."

Das heißt, die Arbeiterkontrolle geht aus vom Betrieb und erstreckt sich auf die Gesamtheit der Unternehmen, wird zur gesellschaftlichen Kontrolle. Arbeiterkontrolle wird zur revolutionären Kontrolle, indem sie ausgehend von der betrieblichen Kontrolle auf gesellschaftlicher Ebene zur Doppelherrschaft führt. Gipfelt der Kampf um Arbeiterkontrolle nicht in Institutionen der proletarischen Doppelmacht, so stellt sie nichts als ein reformistisches Surrogat dar – eine radikale Variante der Mitbestimmung.

Der Fehler der GIM hat Methode. Auch im Abschnitt „Für die Interessen der arbeitenden und lernenden Jugend" wird zur Übernahme leerstehender Betriebe durch den Staat und Einrichtung von „Lehrwerkstätten unter Kontrolle der Gewerkschaften und der betroffenen Jugendlichen!" aufgefordert. Kein Wort über die Zerschlagung des kapitalistischen Ausbildungssystem. Kein Wort darüber, die Großbetriebe zur Ausbildung zu zwingen. Kein Wort über die Notwendigkeit der Arbeiterkontrolle auch im Ausbildungsbereich. Ihr habt Recht, Genossen von der GIM: Die Konsequenz Eurer Forderungen ist der „Gewerkschaftsstaat" – nicht die revolutionäre Arbeiterregierung.

Die Wahlplattform der GIM ist eine reformistische Plattform für irgendein beliebiges westeuropäisches Land. Die zentrale Forderung für Deutschland (im übrigen durchaus ansonsten Losung der GIM), die *revolutionäre Wiedervereinigung,* vermissen wir ebenso wie jede Erwähnung der DDR. In dem Abschnitt „Sozialismus statt Kapitalismus" zählt sie impressionistisch „die positiven Seiten" auf, „die *auch* die bürokratisch entarteten Arbeiterstaaten haben" (Hervorhebung von uns). „Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und damit: gesicherte Arbeitsplätze, kontinuierlich relativ steigender Lebensstandard, gute und ständig bessere Gesundheitsfürsorge, ausreichend viele Kinderkrippen und -gartenplätze, gute Bildungssystem,

niedrige Mieten usw." (S. 44). Neben der Feststellung, daß in den „bürokratisch entarteten Arbeiterstaaten" die „Produktion vergesellschaftet" und „nach einem zentralen Plan organisiert" (S. 44) wird, lesen wir aber auch: „Die CDU/CSU hat sich jahrelang ihre Munition gegen den Sozialismus dadurch beschafft, *daß sie die Stalinisten beim Wort nahm und Sozialismus mit Armut und Unterdrückung gleichsetzte"* (S. 43, Hervorhebung von uns).

Als eine Organisation, die einen Anspruch auf den Trotzkismus erhebt, sollte die GIM eigentlich Besseres wissen. Trotzkisten verteidigen die historischen Errungenschaften der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten als die materielle Grundlage zur Errichtung sozialistischer Staaten. Die bürokratische Deformation dieser Staaten aber, bedingt durch die Nicht- oder Nichtmehrexistenz von Räteorganen, verlangt, unter der Führung einer revolutionären Partei in diesen Staaten die *politische* Revolution durchzuführen. Die politische Macht muß den Bürokratien entrissen und den Sowjets zurückgegeben werden. Ein gesunder Arbeiterstaat braucht nicht die bürokratische Bevormundung einer Staatspartei. In einem solchen Staat werden alle Organisationen der Arbeiterbewegung, solange sie sich auf der Grundlage des Rätesystems betätigen, zugelassen sein. Eine Unterdrückung der Klassengegner aber gehört zu den Überlebensvoraussetzungen für einen solchen Staat.

Kurz: Wir Trotzkisten verteidigen die historisch progressiven Errungenschaften der Arbeiterstaaten: die Verstaatlichung der Produktionsmittel, die Planwirtschaft, das Außenhandelsmonopol. Wir führen einen unversöhnlichen Kampf gegen die bürokratische Bevormundung der Arbeiterklasse. Aber wir verteidigen die Arbeiterstaaten *bedingungslos* vor den Angriffen des Imperialismus! Und besonders im geteilten Deutschland ist die bedingungslose Verteidigung der DDR eine Kernfrage für das deutsche Proletariat. „BRD 'raus aus der NATO" nur unter dem Aspekt der NATO als Instrument der Unterstützung für reaktionäre Regime zu sehen, wie die GIM es tut, leugnet den Hauptzweck dieses Bündnisses als einer ständigen Bedrohung für die Arbeiterstaaten!

Die Impressionen der GIM jedoch können sie nur zu feiger Kapitulation führen. Stalinistische Herrschaft ist nicht einfach mit „Armut und Unterdrückung" zu identifizieren. Die ehemals unterentwickelt gehaltenen Staaten wie die VR , China oder die Sowjetunion haben unter dem Stalinismus gewaltige Fortschritte für die Bevölkerung erzielt. Die Armut konnte nicht in allen diesen Staaten abgeschafft werden, aber sie ist enorm gelindert worden. Die Unterdrückung sozialistischer Oppositioneller leugnen wir nicht. Aber wir weigern

uns, das Bild totalitärer Zwangsstaaten zu akzeptieren, wie es von bürgerlichen Theoretikern und der antikommunistischen Journaille dargestellt wird. Wir verteidigen den historischen Fortschritt der Zerschlagung des Kapitalismus, der Entmachtung der Kapitalistenklasse in diesen Ländern, wir verteidigen die notwendige Unterdrückung konterrevolutionärer Umtriebe.

Allerdings betonen wir Trotzkisten gleichzeitig, daß die zentralen Oktobererrungenschaften (Verstaatlichung der Produktionsmittel, Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol) von der Bürokratie letztlich nicht mit revolutionären Methoden verteidigt werden können, daß die stalinistische Bürokratie eine parasitäre Schicht ist, die historisch eine konterrevolutionäre Funktion erfüllt und ihre politische Diktatur über die Arbeiterklasse ausübt. Nur das Programm der politischen Revolution zum Sturz der parasitären Bürokratie zeigt die Perspektive an, wie die Oktobererrungenschaften sicher gegen die soziale Konterrevolution verteidigt werden können.

Eine Organisation, die sich bei den Wahlen als revolutionäre Alternative etablieren wollte, würde gerade in der BRD den Arbeitern sagen, nicht auf die antikommunistische Hetze gegen die DDR zu hören. Sie würde auch im Wahlkampf – und nicht nur wie die GIM bei feierlichen Reden zum 17. Juni – für die Wiedervereinigung Deutschlands auf revolutionärer Grundlage eintreten.

Als weiterer Kritikpunkt an der GIM sei genannt, daß sie zwar eine schwammige Abgrenzung von den Programmen von DKP, KBW und KPD vornimmt, gleichzeitig aber doch ihre Plattform beschließt: „Deshalb ruft die GIM auf, in diesen Wahlkreisen (d.h. wo die GIM nicht kandidiert, d.Red.) für die *Kandidaten* und *Organisationen* zu stimmen, die sich auf die Interessen der Arbeiter berufen.“ Ein ebenso sybyllinischer Rat wie der des KB. In verschleierter Form rät die GIM, doch von SPD bis KPD alles zu unterstützen.

Wir unterstützen die GIM bei der Bundestagswahl 1976, weil damit dem Proletariat eine formal klassenunabhängige Stimmabgabe möglich wird. Aber wir wissen, daß die GIM selbst in letzter Konsequenz keine Organisation proletarischer Klassenunabhängigkeit ist. Die GIM ist keine revolutionäre Alternative. So schließt die GIM auch in der Wahldiskussion mit dem KB Wahlbündnisse nicht aus. Sie hält sie dann für möglich, wenn eine „vereinheitlichende Perspektive des antikapitalistischen Kampfes“ gefunden werden kann. Da aber „ein Wahlbündnis mit realem Klasseneinfluß bei dieser Bundestagswahl nicht existent ist“ (*was tun,* 13.5.1976), kandidiert die GIM selbst. Doch gerade bei einem Aufschwung der Klassenkämpfe kommt es darauf an, das revolutionäre Programm in die Massenbewegung zu tragen, nicht einen programmatischen Mischmasch! Gerade wenn es darum geht, Verantwortung zu tragen, will sie die GIM weitergeben.

Auch unsere Unterstützung für die GIM ist eine Unterstützung wie der Strick für den Gehängten. Wir werden während unserer Wahlunterstützung keine Illusionen in die GIM erwecken. Wir rufen zu ihrer Unterstützung auf und kritisieren gleichzeitig ihren Opportunismus. Den Mitgliedern der GIM selbst sagen wir, daß ihre Organisation, erhielte sie die Möglichkeit dazu, das Proletariat nur verraten würde.

Die Bundestagswahlen 1976 zeigen in aller Schärfe, daß das Proletariat eine revolutionäre Führung benötigt, die unversöhnlich im Klassenkampf steht. Das Proletariat braucht eine revolutionäre Partei, die Sektion der wiederzuschaffenden Vierten Internationale sein muß. ■

„Solidarität“ der GRM - Pabloisten: Ein Dolchstoß gegen die ÖBL

Genossen,

In der *rotfront,* Monatszeitung der Gruppe Revolutionäre Marxisten (österreichische Sektion des VS) vom August 1976 in dem Artikel „§ 282 StGB angewendet!“ veröffentlicht Ihr eine Stellungnahme zur Verurteilung der ÖBL wegen angeblichen Verstoßes gegen den § 282. In diesem Artikel finden sich zwei unverschämte Verleumdungen, bzw. Auslassungen. So erwähnt Ihr *nicht,* daß der Artikel im ÖBL -*Bulletin* Nr. 7: „OPEC-Anschlag: Die neue Respektabilität der GRM“ explizit gegen die kapitulantenhafte Haltung der GRM gerichtet war. In der *rotfront* vom Januar 1976 hattet Ihr nämlich die Aktion des „Arms der arabischen Revolution“ einseitig als sinn-, nutzlos und schädlich verurteilt. Kein Wort der Solidarität für die Attentäter, die diesen Anschlag als antiimperialistische Aktion gegen Repräsentanten bürgerlicher Diktaturen richteten. Dieser Artikel, in dem wir die Aktion *verteidigten,* aber zugleich die Strategie des individuellen Terrors als kleinbürgerliche, stumpfe Waffe ablehnten, brachte uns vor Gericht.

Eure Form der „Solidarität“ mit den ÖBL kann von uns nur als Dolchstoß gewertet werden. Hätte der GRM-Vertreter, der bei dem Prozeß anwesend war, seine Ohren offen gehabt, dann hätte er gehört, daß wir eben solche Aktionen *nicht* befürworten, d.h. dazu aufrufen, sie anzuwenden. Eben dies will uns ja das Gericht unterstellen. So arbeitet *Ihr* der bürgerlichen Klassenjustiz in die Hände!

Wir werden uns von einer Verteidigung all der Kämpfer, die sich auf unserer Seite der Klassenbarrikade befinden, nicht deshalb abhalten lassen, weil der Staat den individuellen Terror zum Anlaß nehmen könnte, seinen Unterdrückungsapparat auszubauen.

Ihr, Genossen von der GRM, begeht den gleichen pabloistischen Verrat wie Eure deutsche Schwesterorganisation, die GIM, die ihre „Verteidigung“ der RAF ständig damit verbindet zu jammern, die RAF trage durch ihre Taten zur „antidemokratischen Gesetzgebung“ bei. Der bürgerliche Staat wird immer jede mögliche Angelegenheit nutzen, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken und zu entrechten. Ihr könnt keine neutrale Haltung einnehmen! Ebensowenig wie es den KP-Stalinisten genutzt hat (und jetzt besonders der DKP in Deutschland nicht), wird Euch Eure feige Anbiederung und Respektabilität vor den Zugriffen des österreichischen Staates schützen.

Unsere Verteidigung sowie unsere Berufung gegen die Verurteilung der Gen. Dorner und der ÖBL gehen natürlich nicht nur um die Frage „Verteidigung“ oder „Befürwortung“. Wir gehören zu den ersten Opfern des § 282. Dieser Paragraph soll die Kriminalisierung jedweder Form von Solidarität mit den Kämpfen der unterdrückten Massen herbeiführen. Deshalb muß der § 282 als eine gegen die gesamte Arbeiterklasse gerichtete Waffe erkannt und bekämpft werden. Eine wirkliche Solidarität von Eurer Seite aus kann nur in gemeinsamen Aktionen und Verteidigungsschritten Eurerseits auf der Klassenseite der ÖBL und gegen die Klassenseite der bürgerlichen Justiz möglich sein.

Wir fordern Eure Unterstützung und erbitten auch Eure materielle Hilfe in unserem Kampf gegen den § 282 und für den Freispruch der Gen. Dorner und der ÖBL.

Mit kommunistischem Gruß
Österreichische Bolschewiki-Leninisten
i.A. Kurt Weissenböck

ÖBL verurteilt . . .

Fortsetzung von Seite 24

nicht gekannt zu haben. Nachdem er aufgrund der Äußerungen mehrerer Mitglieder, sie würden die ÖBL nicht verteidigen, da sie ja einen reaktionären Anschlag verteidigen, öffentlich zur Rede gestellt worden war, erklärte der KB schließlich in diesem Brief, die ÖBL gegen die Anklage nach § 282 zu verteidigen. Dies allerdings mit der Begründung, es ginge der Bourgeoisie darum, „möglichst hohe Urteile zu fällen“ und man müsse daher trachten, „möglichst schlechte Präzedenzfälle“ zu schaffen. Der KB fand kein Wort über die Notwendigkeit, gegen die Kriminalisierung der Arbeiterbewegung, gegen die Zensurierung der linken Presse, gegen die bürgerliche Klassenjustiz zu kämpfen. Im Gegenteil: Bei der Ablehnung unserer Prozeßtaktik bringt er gleichzeitig zum Ausdruck, daß er nicht gegen die Einmischung des bürgerlichen Staates in die Angelegenheiten der Arbeiterbewegung zu kämpfen beabsichtigt, d.h. diese Einmischung prinzipiell für gerechtfertigt hält!Dasselbe Unverständnis der Notwendigkeit, der bürgerlichen Justiz politisch entgegenzutreten, zeigt sich im Prozeß, der gegen Teilnehmer der von den Maoisten verteidigten Iberia-Aktion geführt wird. Während des gesamten Prozesses ist kein Wort des Protestes gegen die Anklage, kein Wort der Verteidigung der Aktion der Genossen gegen die Bourgeoisie gefallen! Es geht dem KB ganz offensichtlich wirklich nur um „möglichst kleine Strafen“.

Die ÖBL hingegen ließen nicht zu, daß der Prozeß gegen sie, wie es die bürgerliche Justiz gern gehabt hätte, völlig unpolitisch, als rein „technisches“ Presseverfahren geführt wurde. Sowohl die Richterin als auch der Staatsanwalt hatten ständig versucht zu leugnen, daß es sich dabei um politische Zensur handle. Als die ÖBL zum ursprünglichen Prozeßtermin erschienen, erfuhren die Genossen, daß für die

Es gibt kein allgemeines Rechtsempfinden in der Klassengesellschaft

Erklärung des ÖBL- Bulletin - Redakteurs vor Gericht

Ich möchte zunächst dagegen protestieren, daß es mir anfangs nicht erlaubt wurde, mich so zu verantworten, wie ich es vorgehabt hatte. Ich halte es gerade in einem solchen Prozeß für nötig, politisch auf den Artikel eingehen zu können und den Inhalt in Zusammenhang stellen zu können mit meiner Verteidigung.

Wie ich bereits zu Protokoll gegeben habe, unterstütze ich den inkriminierten Artikel voll und ganz. Ich bin auch nicht der Meinung, daß er strafbar ist, und lehne daher eine Verantwortung nach § 282 und somit auch nach § 30 ab. Ich möchte nun versuchen zu erklären, warum wir den Inhalt des Artikels nicht für strafbar halten.

Dieser Prozeß ist jedoch kein normales Strafverfahren, sondern ein politischer Prozeß. Gegenstand der Anklage ist eine politische Meinungsäußerung. Es ist daher notwendig, auch politisch auf die Anklage einzugehen und den Artikel in seinen Zusammenhang mit unserer generellen Stellung zum individuellen Terror und zur Verteidigung von Genossen zu stellen ...

Die Gesellschaft, in der wir leben, ist für uns Trotzkisten durch einen unversöhnlichen Widerspruch zweier Klassen gekennzeichnet. Sie basiert auf der gewaltsamen

---

einfache „Verwaltungsprozedur“ nur 15 Minuten vorgesehen waren! Selbst nachdem der Verteidiger und die Beschuldigte dagegen protestiert hatten, wurde der gesamte Prozeß am 8. Juli in weniger als einer Stunde durchgepeitscht. Die Richterin gestattete der Gen. Dorner nicht, den *Bulletin-Artikel* politisch zu verteidigen und beschränkte die Aussage auf die „technische“ Frage der Verantwortung des Redakteurs unter § 30 Pressegesetz. Erst in ihrem Schlußwort konnten die ÖBL-Genossen die politische Unterdrückung der Linken durch solche Zensurgesetze denunzieren.

Die Reden der Genossen Dorner und Weissenböck sowie ihres Verteidigers zwangen jedoch die Richterin, eindeutig zu erklären, daß sie die ÖBL nach § 282 für schuldig hielt, obwohl sie keine Aussage zu dieser Frage zuließ. „Meinungsfreiheit“, meinte die Richterin, „bedeutet, daß man seine Meinung frei äußern kann“. Und setzte fort: „aber es gibt Grenzen“. Diese Grenzen, so sagte sie, wären dort, wo eine Beleidigung auftrete oder das allgemeine Rechtsempfinden gestört werde. Die Beschuldigte und der Haftungsbeteiligte irrten, meinte sie, es gäbe kein geteiltes Rechtsempfinden in das der Bourgeoisie und das der Arbeiterklasse, sondern nur ein Rechtsempfinden, das des Menschen - die Ethik.

Es ist kein Wunder, daß der österreichische Staat systematisch versuchte, die politische Basis des Prozesses zu vertuschen, denn der § 282 ist vom ehemaligen § 305 abgeleitet, einem .Gesetz der ersten österreichischen Republik, das unter dem Schuschnigg-Regime in den 30er Jahren massiv angewendet wurde. Nach diesem vom § 282 nur geringfügig abweichenden Gesetz wurde 1936 ein österreichischer Trotzkist, Friedrich Niescher, wegen Artikeln der illegalen Zeitung *Der Bolschewik* verurteilt.

Das Hauptanliegen des Staates in diesem Prozeß war die Verurteilung Nieschers wegen Hochverrats, der mit Haft von fünf Jahren bis lebenslänglich bestraft wurde. Die Richter der ersten Instanz wiesen dies zurück, erklärten jedoch gleichzeitig jegliche Art revolutionärer Propaganda für unzulässig. In ihrer Urteilsschrift bezogen sie sich auf derartig „empörende“ und „schockierende“ Stellungnahmen wie aus dem *Bolschewik* Nr. 7:

> „... daß die Hakenkreuzfaschisten schrittweise legalisiert werden, daß jetzt ein schärferer Wind gegen die Roten wehe und sich die braundurchsetzte Justiz und Polizei mit Wollust auf die proletarischen Revolutionäre stürzen werde; alle kapitalistischen Länder seien Räuber und Todfeinde der Arbeiter: darum sei die Parole überall: Der Feind steht im eigenen Land! Die Kommunisten und Sozialdemokraten mögen sich besinnen, alle die untertänigsten Petitionen an das Bundeskanzleramt, die Anbiederung und das Betteln um demokratische Rechte habe dem Klassenkampf die Ohnmacht der Arbeiter gezeigt; die Bourgeoisie lasse sich nicht erweichen und überreden, man müsse sie an der Gurgel packen, die demokratischen Rechte könnten nur durch die revolutionäre Auseinandersetzung zurückerobert werden; zwischen dem revolutionären Proletariat und seinen Feinden gebe es kein Bündnis und kein Überreden, sondern nur unbarmherzigen Klassenkampf auf Leben und Tod.“

Aufgrund derartig „krasser“ Ausdrücke wie „an der Gurgel packen“, „Klassenkampf auf Leben und Tod“ sowie Forderungen wie „Nieder mit Österreich! Wir organisieren die Niederlage unseres Landes! Diktatur des Proletariats!“ erklärte das Gericht, daß der § 305 verletzt worden wäre, da „die Revolution als ein positives Ziel erklärt wird“. Später wurde Niescher von einer zweiten Instanz auch des Hochverrats für schuldig befunden.

Bei derart peinlichen Präzedenzfällen zieht es der heutige Staat vor, seine Zensur hinter rein „technischem“ Kram zu verstecken und den Beschuldigten das Recht, ihre inkriminierten Positionen zu erklären und zu rechtfertigen, abzusprechen. Daß Kreiskys Sozialdemokratie sich auf Gesetze stützen muß, die direkt von denen des Austrofaschismus abgeleitet sind, weist deutlich auf den reaktionären, antiproletarischen Charakter des sozialdemokratischen „Sozialstaats“-Kapitalismus. Wir appellieren an alle Sozialisten und alle Verteidiger der demokratischen Rechte, die Verurteilung von Gen. Dorner zu denunzieren und die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen die ÖBL zu fordern! ■

Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, die diese Unterdrückung durch den bürgerlichen Staatsapparat, seine Armee und seine Polizei aufrechterhält. Egal, ob diese Diktatur einer Minderheit, der Bourgeoisie, über die Mehrheit der Bevölkerung die Form des Faschismus oder der bürgerlichen Demokratie annimmt: ihr Klasseninhalt bleibt derselbe. Sie ist die Wurzel für alles Elend und alle Formen der Unterdrückung, wie nationale und rassische Unterdrückung. Unser Lager in diesem Kampf ist das der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten und Ausgebeuteten gegen die Herrschaft der Ausbeuter und Unterdrücker. Wir kämpfen für die Aufhebung der Beherrschung der Mehrheit durch eine privilegierte Minderheit zur Befreiung der ganzen Menschheit.

Als Mittel zur Erreichung dieses Zieles haben wir jedoch zu aller Zeit den bewaffneten Kampf kleiner, isolierter Gruppen oder Individuen als sinnlos und völlig verfehlt betrachtet. Terrorismus ist nicht geeignet, die Massen auf den Weg der Revolution zu führen und ihnen ihre historischen Interessen und Ziele bewußtzumachen. Wir kämpfen für den Sturz der bürgerlichen Herrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, d.h. der umfassenden Arbeiterdemokratie, der Herrschaft der überwältigenden Mehrheit, die sich gegen die Angriffe einer reaktionären Minderheit schützt. Dies kann nicht das Werk einiger weniger sein, die zu den Waffen greifen, sondern nur das der unterdrückten Massen selbst unter der Führung einer revolutionären Partei... Unsere Arbeit besteht darin, der Arbeiterklasse revolutionäres Bewußtsein zu bringen, die Partei aufzubauen, die die Massen gewinnen und führen kann. Wir müssen durch unermüdliche Aufklärung, Agitation und Propaganda den Massen das revolutionäre Bewußtsein bringen, wir müssen uns in der Arbeiterklasse verankern. Nur so können wir die Aufhebung der Ausbeuterherrschaft vorbereiten und beschleunigen, die auch das Ende des individuellen Terrors bedeuten wird, weil die Grundlage dafür verschwinden wird.

Von den Arbeitermassen isolierte, sinnlose Verzweiflungsaktionen werden nie in der Lage sein, die Massen auf diesen Weg zu bringen. Individueller Terror ist kleinbürgerliche Verzweiflung, er hat das Vertrauen in die Arbeiterklasse verloren. Wir müssen daher schärfste Kritik an der verfehlten, selbstmörderischen Strategie des Terrorismus üben und die Genossen, die auf diesem Wege gegen den Imperialismus kämpfen, für die revolutionäre Partei gewinnen ...

Erlauben Sie mir, das kurz an einem berühmten Beispiel aus der österreichischen Geschichte zu verdeutlichen: am Fall Friedrich Adler, der im Oktober 1916 den verhaßten Ministerpräsidenten Stürgkh erschoß. Seine Tat war eine Demonstration gegen den Krieg. Sie entsprang der Verzweiflung eines ehrlichen Sozialdemokraten angesichts der Kriegstreiberei, der in seine Partei aufgrund ihrer verräterischen Unterstützung der Kriegspolitik jegliches Vertrauen verloren hatte. Er hat sein Leben bewußt aufs Spiel gesetzt in einem letzten Versuch, für den Frieden zu kämpfen. Er wurde damals als Mörder zum Tode verurteilt.

Wer würde es heute noch wagen, Friedrich Adler, hinter den sich nach dem Krieg die gesamte Sozialdemokratie gestellt hat, ja den die Monarchie sogar gezwungen war zu amnestieren, als Mörder hinzustellen? Wer würde es wagen, die Sozialdemokratie, die heutige Regierungspartei, weil sie ihn verteidigte, vor Gericht zu stellen?

Doch Adler hat nichts anderes getan als der „Arm der arabischen Revolution“, dessen Verteidigung uns hier vor Gericht gebracht hat. Auch die Entführung der OPEC-Monopolisten war nichts als eine verzweifelte Reaktion auf die Gewaltherrschaft des Imperialismus, auf Elend, Terror und Unterdrückung. Sie sind genausowenig „erpresserische Entführer“ wie Adler ein Mörder war ...

Wenn es auch notwendig ist, ihre falsche Strategie zu bekämpfen, ist es doch unsere Pflicht, diese Genossen gegen alle Angriffe des gemeinsamen Feindes, gegen Verfolgung durch den bürgerlichen Staat und seine Justiz zu schützen und zu verteidigen ... Erst unsere revolutionäre Solidarität gibt uns wirklich das Recht auf scharfe politische Kritik. Gegen den gemeinsamen Feind müssen wir auch eine gemeinsame Front aufbauen.

Aber nicht alle Aktionen, die im Namen der antiimperialistischen Bewegung stattfinden, sind auch zu verteidigen. Weder die Schießerei am Flughafen von Lod, wo wähl- und ziellos gewöhnliche Flugpassagiere getötet wurden, noch die Entführung der Olympiasportler in München sind vom Klassenstandpunkt aus zu verteidigen. Sie richteten sich wahllos gegen Leute, die keine Repräsentanten bürgerlicher Herrschaft waren. Unbedingt zu verteidigende Aktionen sind im Gegensatz dazu solche, die sich klar gegen den Imperialismus richten, wie eben auch die Entführung der Vertreter der brutalen Unterdrückerregimes der OPEC-Länder, wie Iran oder Saudiarabien.

Unbedingt – das bedeutet mit allen Mitteln, die wir für richtig halten und die uns zur Verfügung stehen. Unsere Kampfmethode ist nicht individueller Terror, sondern die Mobilisierung der Arbeiterklasse ... Unser Artikel z.B. ist Bestandteil einer solchen Verteidigung.

Dieser Artikel drückte sowohl unsere Kritik am OPEC-Anschlag als auch unsere Solidarität mit den Tätern als antiimperialistische Kämpfer aus. Wessen Rechtsempfinden empört sich daran, daß wir diese Kämpfer gegen den gemeinsamen Feind verteidigen? Ein gemeinsames Rechtsempfinden in einer Gesellschaft der Klassenunterdrückung gibt es nicht. Nur die Bourgeoisie kann daran Anstoß nehmen, daß wir unsere Mitkämpfer gegen ihre Angriffe verteidigen. Das Rechtsempfinden der Arbeiterklasse empört sich vielmehr an den Verbrechen der OPEC-Monopolisten, am blutigen Schahregime im Iran, das in den bürgerlichen Zeitungen als Freund Österreichs gefeiert wird.

Ich möchte ein weiteres Beispiel bringen – den Fall Grynszpan. Herschel Grynszpan, ein junger Jude, der aus Protest gegen die Verfolgung der Juden im Hitlerdeutschland in Paris den Legationssekretär Rath erschoß. Ist es empörend, ihn zu verteidigen? Oder ist es nicht vielmehr empörend, daß er als Mörder eingesperrt und an die Nazis ausgeliefert wurde?

Was im Iran, dem vielleicht prominentesten OPEC-Staat, mit Freiheitskämpfern geschieht, ist wohl allgemein bekannt. Aber Grynszpans Gefängnis war das sogenannte demokratische Frankreich, und das letzte Beispiel liefert die BRD: Holger Meins und Ulrike Meinhof wurden durch die Haftbedingungen in den Tod getrieben.

Erlauben Sie mir nun noch eine abschließende Bemerkung zu diesem Prozeß. Gegenstand der Anklage ist hier eine von uns vertretene politische Meinung. Der Staatsanwalt betrachtet mit seiner Anklage bereits das Äußern einer revolutionären Position als Delikt. Was hier in Frage gestellt wird, sind die elementarsten bürgerlich-demokratischen Freiheiten: Pressefreiheit und Meinungsfreiheit. Wir haben diese Rechte, die durch die bürgerliche Verfassung garantiert sein sollten, in Anspruch genommen. Wenn wir hier deshalb verurteilt werden, so zeigt sich die bürgerliche Demokratie nur einmal mehr gezwungen, ihre eigenen, von ihr selbst errichteten Spielregeln ganz offen zu durchbrechen, und es wird einmal mehr der Beweis geliefert werden, daß die bürgerliche Demokratie nicht die Interessen der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Bevölkerung vertritt, sondern die einer Minderheit, der Bourgeoisie.■

Kommunistische Korrespondenz

ÖBL nach Zensurparagraphen verurteilt!

Am 8. Juli erklärte ein österreichisches Gericht, daß ein in der Februar-Nummer des ÖBL-Bulletins erschienener Artikel „das allgemeine Rechtsempfinden“ empöre. Aufgrund dieses „Verbrechens“ wurde die Februar-Nummer des *Bulletins* für „verfallen“ erklärt und der verantwortliche Redakteur der ÖBL, B. Dorner, nach einem Allzweck-Pressegesetz verurteilt. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt.

Der für Kreiskys SPÖ-Regierung so „empörende“ Artikel behandelte den Terror-Anschlag der Gruppe „Arm der arabischen Revolution“ auf eine Versammlung der OPEC in Wien. Die österreichischen Machthaber, stets bestrebt, Österreichs gemütliches Image als Insel des sozialen Friedens und geeignetes internationales Zentrum für Handel und Diplomatie zu wahren, waren entsetzt, als das propalästinensische Kommando eine Reihe von prominenten Ölministern entführte.

Die ÖBL waren die einzige Organisation, die – bei gleichzeitiger Kritik der unsinnigen Strategie der Terroristen – dem hysterischen Geschrei der bürgerlichen Presse einen Aufruf an die Linke und die Arbeiterbewegung gegenüberstellte, das arabisch-nationalistische Kommando gegen Verfolgung durch den bürgerlichen Staat zu verteidigen. Im Artikel der GRM über den OPEC-Anschlag findet sich kein Wort der Solidarität mit den Tätern, kein Wort der Verteidigung. Der maoistische KB ging sogar so weit, den Anschlag gegen die „progressive“ und „antiimperialistische“ OPEC als reaktionär zu denunzieren und den Arm der arabischen Revolution zu verdächtigen, für die CIA zu arbeiten. Die ÖBL schrieben damals in ihrem Bulletin Nr. 7:

> „Wir Trotzkisten halten das Konzept des kleinbürgerlichen individuellen Terrorismus für völlig verfehlt, aber das hindert uns keineswegs zu erkennen, auf welcher Seite sie kämpfen: das ist unsere Seite der Klassenbarrikade, die andere Seite ist die von vielfachen Arbeitermördern vom Schlage eines Amouzegar. Obwohl sie nicht selbst Bestandteil der Arbeiterbewegung sind, werden kleinbürgerlich-nationalistische Bewegungen, indem sie den Kampf gegen den Imperialismus aufnehmen, zu unseren Kampfgenossen. So bietet uns z.B. der Kampf der MPLA in Angola gegen die imperialistische Intervention Gelegenheit zur Bildung eines militärischen Bündnisses – selbstverständlich ohne die geringsten Illusionen in den Charakter der MPLA und ohne die organisatorische und politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse aufzugeben. Die Taktik der militärischen Unterstützung nationalistischer Bewegungen ist jedoch ausgeschlossen, wenn sie sich gegen das Recht auf Selbstbestimmung anderer Nationen richtet. So im Falle des „Arms der arabischen Revolution“: Militärische Unterstützung für diese Organisation bedeutet die Unterstützung des Kampfes für die Zerschlagung der israelischen Nation und hat nichts mit leninistischer Taktik zu tun. Das enthebt uns jedoch nicht von unsere revolutionären Pflicht, diese Genossen gegen Angriffe und Verfolgungen durch den Imperialismus zu verteidigen!
> Die Verteidigung von verfolgten proletarischen und antiimperialistischen Kämpfern ist ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Traditionen der Arbeiterbewegung und unbedingt notwendig zur Schaffung einer einheitlichen Kampffront gegen die Bourgeoisie. Die Geiselnahme einer Handvoll Monopolisten, an deren Händen das Blut von ungezählten Arbeitern und Bauern klebt, ist im Gegensatz zu Anschlägen auf Warenhäuser und Bahnhöfe, bei denen Angehörige der unterdrückten Massen betroffen werden, eine unbedingt zu verteidigende Aktion.“

Weil sie Kämpfer verteidigt hatten, deren „Verbrechen“ in der „Geiselnahme einer Handvoll Monopolisten“ bestand, wurden die ÖBL des Verstoßes gegen § 282 StGB für schuldig befunden. Dieses Gesetz verbietet nicht nur das „Aufrufen zu strafbaren Taten“, sondern:

> „Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die im Absatz 1 bezeichnete Weise eine vorsätzlich begangene, mit einer ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe bedrohte Handlung in einer Art gut heißt, die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören oder zur Begehung einer solchen Handlung aufzureizen.“

Der Prozeß gegen die ÖBL ist die erste Anwendung eines neu verfaßten Gesetzes (1975), dessen Zweck die Knebelung der Presse durch die Regierung ist, aber es wird bestimmt nicht die letzte sein. Dieser Prozeß muß im Rahmen der bereits laufenden Verfahren gegen andere Gruppen und Individuen gesehen werden, z.B. gegen die Teilnehmer an der Iberia-Demonstration. Die ÖBL führten in ihrem Prozeß eine scharfe politische Verteidigung gegen die reaktionäre Pressezensur und denunzierten die Implikationen der Gummi-Kategorie eines Undefinierten (und inexistenten) „allgemeinen Rechtsempfindens“. Die GRM und die IKL erkannten die Bedrohung der gesamten Linken durch dieses Gesetz, das die Meinungsäußerung kontrollieren soll, und sandten Vertreter zum Prozeß. Die Maoisten erschienen nicht, obwohl ihnen von den ÖBL Flugblätter mit dem Prozeßtermin zugesandt worden waren. In einem späteren Brief an die ÖBL gaben sie vor, den Stand des Prozesses

Fortgesetzt auf Seite 21